

# BLICKPUNKT BUNDESTAG



DEUTSCHER BUNDESTAG

Februar 2/2004

2,00 €

ISSN 14359146

G10624

Der Bundestag und die Medien

## Gute Zeilen, schlechte Zeilen

Sonderthema  
Frauen im Bundestag  
Seite 17





Stefan Thomas.

## **Liebe Leserin, lieber Leser,**

Rund 3.500 Medienvertreter sind beim Bundestag akkreditiert. Neben Journalisten sind dies auch Kameralente, Kommentatoren, Techniker und Fotografen. 3.500 ist auch die Einwohnerzahl von Nesselwang im Allgäu – eine beachtliche Größe. Zum Glück sind nicht alle Pressevertreter zur gleichen Zeit im Haus, denn viele Journalisten verfolgen zum Beispiel die Debatten am Fernseher oder im Internet über [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de).

BLICKPUNKT BUNDESTAG möchte mit dem **Titelthema „Gute Zeilen, schlechte Zeilen“** die Rolle der Presse im parlamentarischen Alltag beleuchten und den Blick hinter die Kulissen der Berichterstattung werfen. Sie, die Leserinnen und Leser, sehen nur ein Ergebnis, sei es die Zeitung am Morgen oder die Nachrichtensendung am Abend.

**„Frauen im Bundestag“** ist der Titel des Sonderteils und bezieht sich nicht nur auf die weiblichen Abgeordneten, sondern auch auf die Mitarbeiterinnen des Bundestages. Immerhin wurde das Parlament schon von zwei Präsidentinnen geleitet: Annemarie Renger und Rita Süssmuth. Bereits nach ihrer Wahl zur Bundestagspräsidentin am 13. Dezember 1972 gab Annemarie Renger der Hoffnung Ausdruck, dass ihre Wahl dazu dienen möge, Vorurteile abzubauen. Möglicherweise ist der Bundestag ein Spiegelbild der allgemeinen Entwicklung bei der Gleichstellung von Frauen in Beruf und Gesellschaft.

**Auf ein Thema möchte ich noch hinweisen: Steuern.** BLICKPUNKT BUNDESTAG stellt Ihnen in einer Übersicht die Modelle für eine künftige Steuerpolitik vor und befragt die Fachleute der Fraktionen. Einigkeit besteht sicherlich darin, dass eine Vereinfachung der Steuergesetze sinnvoll wäre.

Ich hoffe, dass wir wieder ein für Sie interessantes Heft gemacht haben, und verbleibe mit freundlichem Gruß

# I N H A L T

Titelfoto: Journalisten im Paul-Löbe-Haus



## Tagesläufe

- 10 Lebens-Mittel ...  
oder wie sich ein Begriff  
erweitern lässt  
Die Abgeordnete Ursula Heinen



## Details im Bundestag

- 14 Persönlichkeiten



## Menschen im Bundestag

- 33 Ab und zu den alten  
Bismarck besuchen  
Die Bundestagsmitarbeiterin  
Rosemarie Willner

## Essay

- 3 Deutschland sucht  
das Risiko  
Von Edda Müller

## Titel

- 4 Gute Zeilen,  
schlechte Zeilen  
Der Bundestag und die Medien  
9 Im Dialog mit der  
Öffentlichkeit  
Interview mit Wolfgang Thierse

## Cullen

- 16 Träume ohne Maßstab

## Sonderthema

### Frauen im Bundestag

- 18 Weiter auf dem Vormarsch  
20 Ein gutes Verhältnis  
26 Parlamentarierinnen im  
Porträt  
30 Ein langer Weg zur  
Gleichberechtigung  
32 Infos zum Thema

## Debatte

- 36 Viele Wege zur Reform  
Forum: Steuern  
42 Elite oder Niete?  
Streitgespräch: Bildungsoffensive

## Panorama

- 45 Begegnungen im  
Parlamentsviertel  
46 Drei Fragen an  
Abgeordnete  
46 Welches Buch lesen  
Sie gerade?  
47 Archiv der Deutschen  
Abgeordneten  
48 Schumanns Sicht  
der Dinge  
48 Gefragt – geantwortet  
49 Leserecho  
49 Impressum

von Edda Müller

Deutschland steckt in der Innovationsdebatte. In dieser Debatte wird die so genannte grüne Gentechnik, die sich auf Lebensmittel bezieht, zum Testfall erkoren, nach dem Motto: Wer Gentechnik bei Lebensmitteln ablehnt, ist gegen Innovation und technischen Fortschritt. Typisch deutsch sei es, erst nach den Risiken und dann nach den Chancen zu fragen. Tatsächlich sei die grüne Gentechnik sicher, bisherige Untersuchungen hätten keine Gefahren für den Menschen aufgezeigt.

Dieser Befund kann nicht erstaunen – wo keine Langzeituntersuchungen vorliegen, können auch keine Langzeitfolgen erkannt werden. Tatsächlich wird die Forschung überwiegend von Biotech-Unternehmen betrieben, die selbst das größte Interesse daran haben, die Gentechnik auf den Markt zu bringen.

Als Argument für die Unbedenklichkeit der Gennahrung wird immer wieder angeführt, dass in den USA oder Kanada entsprechende Lebensmittel längst zugelassen seien. Zahlreiche Veröffentlichungen deuten allerdings darauf hin, dass Interessenverquickungen zwischen Herstellern und den Zulassungsbehörden die Unvoreingenommenheit der Behörden erheblich beeinflusst haben. In Kanada waren diese Fälle auch Gegenstand parlamentarischer Untersuchungsausschüsse.

Es ist sicher notwendig, dass Unternehmen anwendungsorientierte Forschung betreiben. Eine unabhängige Forschung über die möglichen Auswirkungen der Gentechnik auf die menschliche Gesundheit ist dadurch aber nicht zu ersetzen. Und genau diese Forschung steckt überall in den Kinderschuhen. Deshalb hat beispielsweise die British Medical Association die britische Regierung im November 2002 aufgefordert, Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Nutzpflanzen nicht zuzulassen.

Wer die Chancen von Genfood mit den potenziellen Kosten vergleicht, wird ernüchtert sein. Die Nachfrage der Verbraucher ist nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa praktisch nicht vorhanden. Auch die Begeisterung in der deutschen Landwirtschaft hält sich in Grenzen, denn die Absatzchancen für Genprodukte sind gering. Der flächendeckende Einsatz gentechnisch veränderten Saatguts würde zudem die Abhängigkeit der Landwirte von den Großunternehmen der agro-chemischen Industrie noch weiter erhöhen. Und schließlich sind auch die ökologischen Folgen eines großflächigen Anbaus unklar.



Die grüne Gentechnik ist das falsche Feld, um zu beweisen, wie innovationsfreundlich Deutschland ist. Es ist ein Irrglauben, eine Regierung könnte beschließen, was die Wachstumsmärkte von morgen sind – die Beispiele der Atomwirtschaft oder der LKW-Maut zeigen, dass die besten Technologieangebote ohne Akzeptanz und Nachfrage zum Scheitern verurteilt sind. Statt bestimmte Technologien in den Markt zu drücken, muss eine nachfrageorientierte Innovationspolitik Vorrang bekommen.

Nach der BSE-Krise war aus allen politischen Lagern zu hören: Das Vorsorgeprinzip muss zum Leitmotiv des politischen Handelns werden. Selbst wenn die Risiken der Übertragung der BSE-Erkrankung auf den Menschen „minimal“ sind, selbst wenn ein Risiko bisher nicht wissenschaftlich nachweisbar ist, so war BSE doch Anlass für den Aufbau eines nahezu lückenlosen Kontrollsystems.

Die Sorgen von Ärzten über die gesundheitlichen Folgen sollten Anlass genug sein, dem Vorsorgeprinzip auch bei der Gentechnik Vorrang zu verschaffen. Wer Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Organismen in die Supermärkte bringen will, sollte den

Verbrauchern zumindest die Wahlfreiheit geben, sich bewusst dafür oder dagegen zu entscheiden. Diese Wahlfreiheit ist derzeit nur höchst lückenhaft, denn bei Produkten tierischen Ursprungs wird es keine Kennzeichnung geben, selbst wenn bei den Futtermitteln Gentechnik im Einsatz war. Wenn Genfood tatsächlich so unbedenklich ist, wie immer wieder versichert wird, dann gibt es keinen Grund, diese Lücken nicht schnell zu schließen.

PROF. DR. EDDA MÜLLER ist Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands e. V. 1942 in Sorau in der Niederlausitz geboren, studierte sie Neuere Geschichte und Politikwissenschaft in München und Berlin und absolvierte ein Studium an der Ecole Nationale d'Administration in Paris. Sie arbeitete in Bundesministerien und im Kanzleramt. Von 1994 bis 1996 war sie Ministerin für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein. Weitere Stationen waren das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie und die Europäische Umweltagentur in Kopenhagen. Seit Dezember 2002 ist Edda Müller Mitglied der Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme (Rürup-Kommission).

Verbraucherzentrale: [www.vzbv.de](http://www.vzbv.de)



Der Bundestag und die Medien

# Gute Zeilen,



# schlechte Zeilen

Journalisten und Politiker – beide sind aufeinander angewiesen. Doch nicht immer ist das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen einfach. Denn politische Ideen sind von guten oder schlechten Schlagzeilen abhängig.



**M**atthias Weisheit ärgert sich noch heute über die Berichterstattung zu Unregelmäßigkeiten bei BSE-Tests im vergangenen Herbst. „Es ist doch normal, dass bei 2,5 Millionen Rinderschlachtungen im Jahr ein paar Zahlendreher durch Ablesefehler vorkommen“, sagt der SPD-Obmann im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. „Trotzdem wurde darüber berichtet, als sei es ein großer Skandal.“ Dabei stört ihn nicht einmal, dass die Berichte auch Politiker in hektische Aktivität versetzt haben. Die wirklichen Leidtragende seien „vor allem die Bauern, die durch solche Berichte Einkommenseinbußen hinnehmen müssen“.

Auch Claudia Deeg kennt den Berliner Medienbetrieb. Zur Jahreswende wurde die Hauptstadtkorrespondentin des SWR-Hörfunks im Frühdienst fast täglich gebeten, diese oder jene Vorabmeldung einer Zeitung zur Praxisgebühr einzuordnen. Es war der Start der Gesundheitsreform und das Wirrwarr um die neue Abgabe beim Arzt war perfekt. „Vieles, was da geschrieben wurde, war schlicht falsch, aber nicht jedes Detail können wir morgens einschätzen. Und um sechs arbeitet in der Pressestelle im Gesundheitsministerium noch keiner, der eine solche Meldung dementieren könnte.“ Die Folge: Die Journalistin weiß nicht, ob sie möglicherweise eine wichtige Nachricht ignoriert oder eine

Falschmeldung, die eigentlich nicht der Rede wert ist, verbreitet. Wenn sie berichtet, kann das Thema über den Tag zum Selbstläufer werden und sich selbst in den TV-Abendnachrichten wiederfinden. „Vertreter der Bundesregierung haben Berichte zurückgewiesen ...“, heißt es dann. Obwohl hinter einer Sache vielleicht nicht mehr steht als eine falsche Zeitungsmeldung: Sie bekommt Aufmerksamkeit, wenn die Medienmaschine erst einmal angelaufen ist.

Zurück bleibt trotz Dementi ein schlechter Eindruck. Wenn eine Nachricht erst einmal auf dem Markt ist, dann müssen sich auch andere Medien mit ihr beschäftigen, egal ob sie frei erfunden ist. Medien können die Themen der Politik bestimmen. Die Kampagne der Bildzeitung um „Florida-Rolf“, den Sozialhilfebezieher unter Palmen, und die Reaktion der Politik ist das bekannteste Beispiel aus jüngster Zeit.

„Journalisten wollen immer schon druckreife Antworten, bevor Politiker überhaupt die Zeit haben, über das Problem und seine Lösungen nachzudenken“, sagt Franziska Eichstädt-Bohlig zur Schnellebigkeit der Mediendemokratie. Die Haushaltspolitikerin von Bündnis 90/Die Grünen ist immer wieder enttäuscht, wie wenige Medienvertreter tatsächlich in der Lage sind, die Arbeit des Haushaltsausschusses einzuordnen. Dabei sei das Grundsätzliche ganz einfach: „Sie müssen sich das vorstellen wie bei jedem Privathaushalt. Wer mehr ausgibt als er einnimmt, bekommt irgendwann ein Problem.“ Dieser einfache Zusammenhang gehe bei der hektischen Berichterstattung über den EU-Stabilitätspakt und immer neue Versprechen für Steuerensenkungen allerdings leicht verloren.

Nicht für alle Abgeordneten ist das Rampenlicht der Medien unbedingt erforderlich. „Wir können unsere Arbeit größtenteils gar nicht in die Öffentlichkeit tragen“, sagt Günter Baumann. Der Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion arbeitet im Petitionsausschuss und ist über die Details seiner Arbeit zum Schweigen verpflichtet. Über die Anträge von einzelnen Bürgern muss der Ausschuss unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandeln. Allenfalls bei Ortsterminen,

### Zeitungslektüre im Plenarsaal.



die der Ausschuss gelegentlich veranstaltet, um sich selbst ein Bild von einem Sachverhalt zu machen, wird auch die Arbeit des Petitionsausschusses in den Medien wahrgenommen.

Eine todsichere Methode, auch als wenig bekannter Abgeordneter in die Medien zu kommen, weiß Robert Birnbaum. „Fang Krawall oder Streit mit der eigenen Partei und Fraktion an, dann ist dir die Aufmerksamkeit sicher“, sagt der lang gediente Parlamentskorrespondent des Berliner Tagesspiegels – berühmt zumindest für ein paar Tage, ehe sich die Medien wieder anderen Themen zuwenden. Wer es schafft, glaubwürdig zu sein, sachlich zu informieren und dabei interessante Ideen zu haben, werde aber auch wahrgenommen, ohne einen Streit vom Zaun zu brechen.

### Informationen personalisieren

Was für die Zeitung noch gelten mag, im Fernsehen sind die Regeln andere. Sendezeit für Informationen ist zumindest in den großen Programmen ARD, ZDF und RTL knapp. Und ein einfacher Abgeordneter hat da selten eine Chance, mag sein Thema auch noch so interessant sein. „Fernsehen orientiert sich am politischen Führungspersonal, und diese Auswahl ist demokratisch legitimiert“, sagt Thomas Roth, der das ARD-Hauptstadtstudio in Berlin leitet. Auch Roth räumt ein, dass komplexe Themen den Rahmen seines Mediums häufig sprengen. Information transportiert sich im Fernsehen am besten, wenn man sie personalisiert. „Fernsehen ist ein emotionales Medium und kein analytisches“, sagt Roth. Der Fernsehmann ist dennoch sicher, dass zumindest in seinem Programm, der Tagesschau und den Tagesthemen, die wichtigen Meldungen des Tages präsentiert werden.

Um sich einen Überblick über die wichtigen Themen zu machen, haben Journalisten im politischen Berlin eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Da ist zunächst die Bundespressekonferenz (BPK) am Schiffbauerdamm, nicht weit vom Reichstagsgebäude. Drei Mal die Woche stehen in der so genannten Regierungspressekonferenz die Sprecher der Bundesregierung und der



Presse- und Fernsehtermine.

Ministerien Rede und Antwort. Jeweils mittwochs klärt der Regierungssprecher über die Themen und Beschlüsse der wöchentlichen Kabinettsitzung auf. Die Bundespressekonferenz ist eine Besonderheit der deutschen Demokratie. Wer hier spricht, ist Gast der Journalisten. Jede Pressekonferenz wird von einem Journalisten geleitet – wie lange sie dauert und wer wie oft Fragen stellen darf, bestimmen die Hausherrn und nicht die Gäste. In der Regel steht der Bundeskanzler der BPK jedes Jahr vor der Sommerpause für eine lange Pressekonferenz zur Verfügung.

Für Politiker ist dieses Verfahren nicht immer gemütlich. Als vor der Bundestagswahl 2002 Herta Däubler-Gmelin zu ihren vermeintlichen Vergleichlichen zwischen Adolf Hitler und

dem US-Präsidenten George W. Bush vor die Bundespressekonferenz trat, dauerte die Befragung über zwei Stunden. „Da war die (damalige) Justizministerin mehrmals kurz davor zu gehen“, erinnert sich ein Teilnehmer. Und es kommt vor, dass selbst Minister ausgeladen werden, etwa wenn sie aus einer Pressekonferenz einen Public-Relations-Termin, also eine Art Werbeveranstaltung machen wollen. „Bei uns sind Beamer oder Diashows, wie sie PR-Agenturen gern verwenden, tabu. Wir wollen in der Bundespressekonferenz die Person und reine Information“, sagt Thomas Wittke aus dem Vorstand der BPK.

Auch für die Journalisten gelten in der Bundespressekonferenz strenge Regeln. Nur Mitglieder der BPK und des Vereins der Auslandspresse haben

Zugang zu den Pressekonferenzen und dürfen Fragen stellen. Und wenn ein Pressesprecher oder ein Fachbeamter aus einem Ministerium Hintergrundinformationen gibt, dann kann er sich darauf verlassen, dass er damit anschließend auch nicht zitiert wird (siehe Infokasten). Die Übertragung der Pressekonferenz in die Redaktionen wird in einem solchen Fall ausgeschaltet.

Auch Isabella Pfaff soll für Medienpräsenz sorgen. Und das natürlich ohne Krawall. Ein mühsames Geschäft. „Als kleine Oppositionspartei ist es für uns besonders schwierig, die Medienaufmerksamkeit auf uns zu lenken“, sagt die Leiterin der Pressestelle der FDP-Bundestagsfraktion. Und sie wartet nicht nur auf Anfragen von Journalisten, sondern steht mit einem Team aus acht Mitarbeitern und fünf studentischen Hilfskräften ihren Abgeordneten bei der Medienarbeit aktiv zur Seite. „Wir beraten unsere Abgeordneten, wie man ein Thema spielen kann“, sagt sie. Die Pressestelle überlegt dann bei Themen wie der Gentechnik, die wichtig sind, aber selten wirklich im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, ob die FDP-Position eher durch ein Pressegespräch, ein Interview mit einer Nachrichtenagentur oder durch einen Eigenartikel in einer Zeitung platziert werden kann.

## Akkreditierung fürs Parlament

Neben den Fraktionen hat auch der Bundestag selbst ein eigenes „Pressezentrum“, wie die Abteilung im Hause heißt. Hans Hotter leitet die Pressestelle, eines von drei Referaten im Pressezentrum. Bei ihm und seinen Mitarbeitern rufen Journalisten an, wenn sie Fragen zum Ablauf der Parlamentsarbeit haben. Und er gibt auch sachliche Informationen, wenn es um Themen geht, bei denen der Bundestagspräsident eine besondere Zuständigkeit hat, etwa bei allen Fragen der Parteienfinanzierung. Und die Pressestelle organisiert auch den Zugang für Journalisten zum Parlament. Viele Medienvertreter, Journalisten, Kameraleute und Techniker von Hörfunk und Fernsehen haben eine ständige Akkreditierung für das Parlament – im vergangenen Jahr lag die Zahl bei etwa 3.500. Damit können sie sich in der Lobby des Plenarbereichs und in den Gängen vor den Ausschüssen bewegen. Wer als Journalist einen Abgeordneten in seinem Büro besuchen möchte, der muss sich wie jeder andere einen Termin geben lassen. Die Akkreditierung gewährt auch Zugang zur Presstribüne des Plenarsaals. Doch abgesehen von Kamerateams finden sich hier Journalisten in großer Zahl nur zu besonderen Ereignissen ein.

„Die Debatten im Plenum werden mit dem Parlamentsfernsehen in die Abgeordnetenbüros und in Redaktionsräume übertragen“, erklärt Hans Hotter die scheinbar geringe Präsenz. Und schließlich gibt es noch den Presdienst „heute im bundestag“ (hib), der über Ausschusssitzungen und aktuelle Initiativen im Parlament informiert.

Die Bundespressekonferenz ist nicht der einzige Ort für Kontakte zwischen Politikern und Journalisten. Politiker organisieren ihre eigenen Pressekonferenzen und sie treffen Journalisten auch zu Gelegenheiten, von denen nicht berichtet werden soll. „Presseclub“, „Gelbe Karte“, „Unter 30“ oder „Eurotisch“ heißen einige der Gesprächskreise von Journalisten, die sich in der Regel abends in Hinterzimmern von Restaurants rund ums Parlamentsviertel mit Politikern treffen. „Das ist eine alte Tradition noch aus der Bonner Zeit“, erinnert sich Robert Birnbaum. In Bonn hätten die Parteistrategen in solchen Hintergrundkreisen einen politischen Kurswechsel angekündigt, worauf man dann entsprechende Analysen und Kommentare einige Tage später in den Blättern fand.

Doch die Bedeutung der journalistischen Kaffeekränzchen hat nachgelassen. In der Berliner Republik machen sich Journalisten viel mehr als früher

## Die Bundespressekonferenz (BPK)



Die Bundespressekonferenz (nicht zu verwechseln mit dem Bundespresseamt der Bundesregierung) ist ein eingetragener Verein mit Sitz in Berlin und einer Außenstelle in Bonn. Sie hat 941 Journalisten als Mitglieder. Davon arbeiten 791 in Berlin, 148 in Bonn. Einige Journalisten sind doppelt akkreditiert. 218 arbeiten freiberuflich, die übrigen arbeiten als angestellte Redakteure. Mitglied in der BPK kann werden, wer als Deutscher regelmäßig für Publikumsmedien über die Bundespolitik berichtet. Ausländische Korrespondenten sind im Verein der Auslandspresse zusammengeschlossen.

[www.bundespressekonferenz.de](http://www.bundespressekonferenz.de)  
[www.vap-berlin.de](http://www.vap-berlin.de)

selbst an die Recherche, so Birnbaum. Man versucht über Kontakte zu Beamten oder zu Abgeordneten an exklusive Informationen zu kommen. Falschmeldungen und Übertreibungen wie im Falle BSE sind dabei eben ein Nebenprodukt einer intensiver gewordenen Recherche. Doch die Fülle an Exklusivgeschichten führt aus Sicht Birnbaums auch zu Oberflächlichkeit, selbst bei den in den Medien so beliebten Skandalen. „Ein Skandal wie die Flick-Affäre, die die Bonner Politik in den Achtzigerjahren über Monate in Atem hielt, wäre hier in Berlin vielleicht schon nach ein paar Tagen vorbei.“ Matthias Rumpf

### **Eins, zwei, drei ...**

„Das dürfen Sie aber so nicht schreiben ...“ Im Berliner Politjournalismus gibt es feste Codes dafür, wem wie eine Aussage zugeschrieben werden darf. Die Definitionen stammen von der Bundespressekonferenz. Vor allem die Regierung macht davon Gebrauch, um etwas zu kommunizieren, was in der Öffentlichkeit nicht direkt mit ihr in Verbindung gebracht wird.

**Eins** heißt, dass ein Politiker oder Sprecher mit vollem Namen und Funktion als Quelle für eine Äußerung genannt werden darf. Die normale Situation in einer Pressekonferenz.

**Zwei** bedeutet, dass eine Information einer Institution, nicht aber einer bestimmten Person zugeschrieben werden darf. Gängige Formulierungen sind: „... hieß es in Regierungskreisen“ oder „... in Kreisen der CDU/CSU-Fraktion“. Hinter solchen Äußerungen können Politiker, ihre Sprecher oder hohe Beamte stehen, die zwar im Namen ihres Amtes sprechen, aber eine Aussage nicht offiziell machen wollen.

**Drei** ist eine reine Hintergrundinformation, sie darf weder einer Person noch einer Institution zugeschrieben werden. Die Informationen sollen Journalisten helfen, Sachverhalte einzuordnen. Sie können die Informationen etwa für eigene Analysen verwenden.

# Im Dialog mit der Öffentlichkeit

## **Herr Thierse, können demokratische Entscheidungsprozesse im Bundestag überhaupt noch vermittelt werden?**

Aber natürlich! Die strengen Regeln, nach denen der Bundestag Entscheidungen trifft, dienen dem Ziel, dass diese Entscheidungen nachvollziehbar sind und die Öffentlichkeit daran teilhaben kann. Wir geben uns selbst einige Mühe, Journalisten und Bürgern über das Internet, eine Wochenzeitung, Pressemitteilungen und Bundestagsnachrichten über alle Stadien der Gesetzgebung und Beschlussfassung zu informieren.

## **Was müsste sich Ihrer Meinung nach in der politischen Berichterstattung ändern?**

Man darf nicht alle Medien und alle Journalisten über einen Kamm scheeren. Davon abgesehen wünsche ich mir viel mehr Berichterstattung, mehr Trennung von Bericht und Meinung und viel weniger Häme, Empörung und Skandalisierung von Nachrichten über Parlament und Regierung.

## **Inwieweit beeinflussen die Medien politische Entscheidungen und ihre Vermittlung?**

Das ist sicher in jedem Fall unterschiedlich. Die Mehrzahl der Entscheidungen dürfte fast ohne Kenntnisnahme und entsprechend ohne Einfluss durch die Berichterstattung der Medien erfolgen. Das ist übrigens auch nicht in Ordnung! Bei anderen greift die mediale Empörung schon Platz beim ersten Referentenentwurf und lässt so keine gelassene Entscheidungsvorbereitung mehr zu. Grundsätzlich gilt: Demokratische, parlamentarische Entscheidungen sollen im Dialog mit der Öffentlichkeit – also auch unter deren Einfluss – entstehen.



Wolfgang Thierse.

## **Müssen nicht auch Politiker ihre Anliegen mediengerecht vermarkten, um wahrgenommen zu werden?**

Ja. Dabei sollte man aber darauf achten, dass das öffentliche Amt, das man inne hat, nicht beschädigt wird.

## **Sollte Politik nicht auch unterhaltend sein?**

Manchmal ist sie das, wenn gute Reden gehalten werden oder eine Entscheidung spannend ist. Aber in der Regel sind wir nicht dazu da, das verständliche Unterhaltungsbedürfnis zu befriedigen, sondern im Ausgleich von Interessen und mit gehörigem Abstand von Lobby- und Medienkampagnen über die öffentlichen Angelegenheiten zu entscheiden.



# Lebens-Mittel...

... oder wie sich ein Begriff  
erweitern lässt.

Die CDU/CSU-Abgeordnete **Ursula Heinen** befasst sich morgens mit der Telekommunikation und abends mit dem deutschen Wald. Im engen und im weiteren Sinn geht es immer um die Dinge des Lebens.

**B**eim Öffnen der Tagespost findet die Abgeordnete zwei große, kugelige, blutrote Nasen. Die damit verbundene Einladung wird sie annehmen. Es ist nicht die erste dieser Art und wird auch nicht die letzte sein.

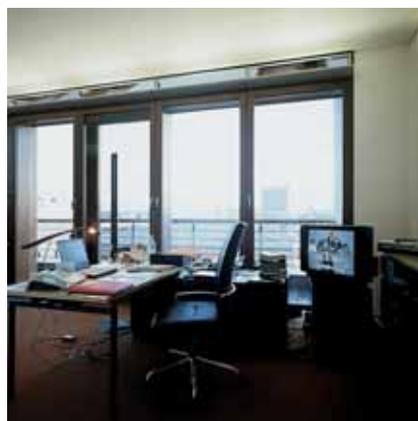
Das könnte der Beginn eines Kriminalstücks werden. Die Lösung des Falls erfolgt selbstverständlich am Schluss. Zuerst aber erfährt man, wer die Hauptperson ist und was sie an diesem fast nicht enden wollenden Tag macht.

Sie hat sich morgens für Schwarz entschieden, aber weniger der Dramatik wegen, sondern weil sie gern Schwarz trägt. Lichttpuffer setzt der Schmuck. Sie ist gut gelaunt und kommt morgens 8.30 Uhr ins Büro. Ihre Mitarbeiterinnen Ulrike Philipp und Olivia Schmallenbach sind bereits da. Der Terminkalender für den Tag wird gemeinsam auf Tauglichkeit geprüft. Allen Beteiligten ist klar, dass er auch jetzt nur den Charakter der Vorläufigkeit hat. Aber es gibt ein paar Angelegenheiten, die wird sich die Abgeordnete auf keinen Fall nehmen lassen: wichtige Plenardebatten, klärende Gespräche, eine Einladung am Abend.

Die 38-jährige Kölnerin hat mit Beginn dieser Legislaturperiode – ihrer zweiten – einen neuen, sehr umfangreichen Aufgabenbereich übernommen. Sie ist Beauftragte ihrer Fraktion für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, ordentliches Mitglied im entsprechenden Ausschuss, zudem Beisitzerin im Vorstand der CDU/CSU-Fraktion.

Verbraucherschutz ist ein Thema, dessen Spannbreite einen schon erschrecken könnte. Verbraucher sind hier zu Lande alle, und wenn man es mal genau betrachtet, dann geht es hier um die Zahnpasta, die morgens aus der Tube kommt, um den günstigen Telefontarif, der mittags per Prospekt angeboten, und um die geschälten Tomaten, aus denen abends ein Sugo gezaubert wird.

Um 9.12 Uhr betritt die Abgeordnete den Plenarsaal. Ein Geschäftsordnungsantrag ihrer Fraktion ist aufgerufen, mit dem die Abgabe einer Regierungserklärung zur Konzeption und Weiterentwicklung der Bundeswehr gefordert wird. Um 9.26 Uhr ist



## 8.30 Uhr: Tagesplanung im Büro.

die Debatte beendet, der Antrag abgelehnt, wird die erste Lesung des Telekommunikationsgesetzes aufgerufen. Ursula Heinen wechselt ein paar Reihen weiter nach vorn – was hier beraten wird, hat explizit mit Verbrauchern zu tun. Sie sind Kunden und auf Angebote angewiesen. Ein neues Gesetz wird den Markt anders regeln – zu ihren Gunsten oder zu ihrem Nachteil. Dafür sind die Abgeordneten zuständig.

Um 10.50 Uhr verlässt Ursula Heinen den Plenarsaal und geht zu einer Verabredung ins Abgeordnetenrestaurant im Reichstagsgebäude. Sie trifft die Fraktionsmitarbeiterin Cordula Horneffer, um mit ihr über einen Antrag zu reden, der für wirksamere Lebensmittelüberwachung im Sinne des Verbraucherschutzes steht. Einen Tag zuvor hatte es einen Bericht der Bundesregierung zum Thema im Aus-

schluss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft gegeben. Ursula Heinen hat einen Plan: Das muss rein in den Antrag, die Frage der Finanzierung sollte angesprochen werden, Futtermittelüberwachung gehört dazu, ein Vorschlag für den Zeitablauf ebenso. Also dann bis Dienstag, da muss der Antrag fertig sein.

Eigentlich wollte man jetzt noch über die Vorbereitung eines Pressegesprächs über Schönheitsoperationen reden. Da fehlt vorerst noch die Dritte in der Runde. Das Geschäft mit den Träumen von Schönheit und Jugend boomt in Deutschland. Eine Million Operationen im Jahr, darin enthalten eine Menge Pusch, denn noch kann sich fast jeder Arzt Schönheitschirurg nennen. Die Frage ist, ob die Politik hier Regelungen zum Schutz der Verbraucher treffen kann. Ursula Heinen lächelt und sagt, manchmal sei sie



## 13.00 Uhr:

In der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft.

selbst überrascht, was alles zu ihrem neuen Aufgabenbereich dazugehört.

Um 11.20 Uhr ist die Abgeordnete wieder im Büro, wo Herr Mahlstedt von der Katholischen Erziehergemeinschaft Deutschlands auf sie wartet und mit ihr über Betreuungsangebote für Kinder bis zu drei Jahren reden will. Ihr bleiben bis dahin noch zehn Minuten, die sie mit Telefonaten verbringt. Egal, wie knapp die Zeit bemessen ist, Ursula Heinen erweckt beim Telefonieren stets den Eindruck von Gelassenheit und großer Zugewandtheit. Zeit- und Termindruck bleiben ihre Sache, die Gesprächspartner sollen darunter nicht leiden.

Zur Mittagsstunde findet im Haus der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft ein Essen und ein Gespräch mit einer niederländischen Delegation statt. Auch hier geht es um Landwirtschaft, Ernährung, Verbraucherschutz. Die Gäste werden die am nächsten Tag beginnende Verbrauchermesse „Grüne Woche“ besuchen. Kurz nach zwei ist Ursula Heinen wieder im Büro. Um halb drei ist Teamsitzung und bis dahin bleibt wieder Zeit, mit Parteikollegen im Wahlkreis zu telefonieren. Teamsitzung ist Aufbauprogramm und Arbeit zugleich. Vier Frauen sitzen um einen Tisch und besprechen die Arbeit der nächsten

Wochen. Papierstapel werden abgearbeitet, Termine hin- und hergewendet, Zu- und Absagen diskutiert. Es geht um Parkplatzprobleme in einem Wohnquartier der Heimatstadt Köln, Vorbereitungen von Ausschusssitzungen, einen neuen Praktikanten, Gesetzesvorlagen, einen Schülerwettbewerb, Reisevorbereitungen, Gesprächsnachbereitungen.

Um 15.10 Uhr ist die Besprechung zu Ende, Ursula Heinen greift wieder zum Telefon. Danach geht sie in die Plenardebatte, wo über die Welthandelsorganisation (WTO) und die EU-Osterweiterung diskutiert wird. Der Tagesordnungspunkt wird später als vorgesehen aufgerufen, die Abgeordnete schafft es nicht, mit dem Bus, der um 16.45 Uhr vor dem Eingang Süd des Reichstagsgebäudes steht, zur „Grünen Woche“ zu fahren. Sie muss ein Auto nehmen und das gerät auf dem Kaiserdamm nahe der Messe in einen ordentlichen Stau.

Um 18 Uhr soll die Eröffnungsveranstaltung der „Grünen Woche“ im ICC Berlin beginnen. 5.000 Menschen sind eingeladen. In großen und kleinen Gruppen strömen sie in den Saal. Üppige Trachten defilieren vorbei, eine bayerische Kartoffelkönigin bewegt sich wie auf dem Laufsteg, gefolgt von gekrönten Weinköniginnen und starken Männern in Lederhosen. Die „Internationale Grüne Woche“ ist immer auch ein Spektakel. Die Sicherheitskräfte verteilen per Walkie-Talkie ihre Kräfte ständig neu, die Abgeordnete steht immer noch im Stau.

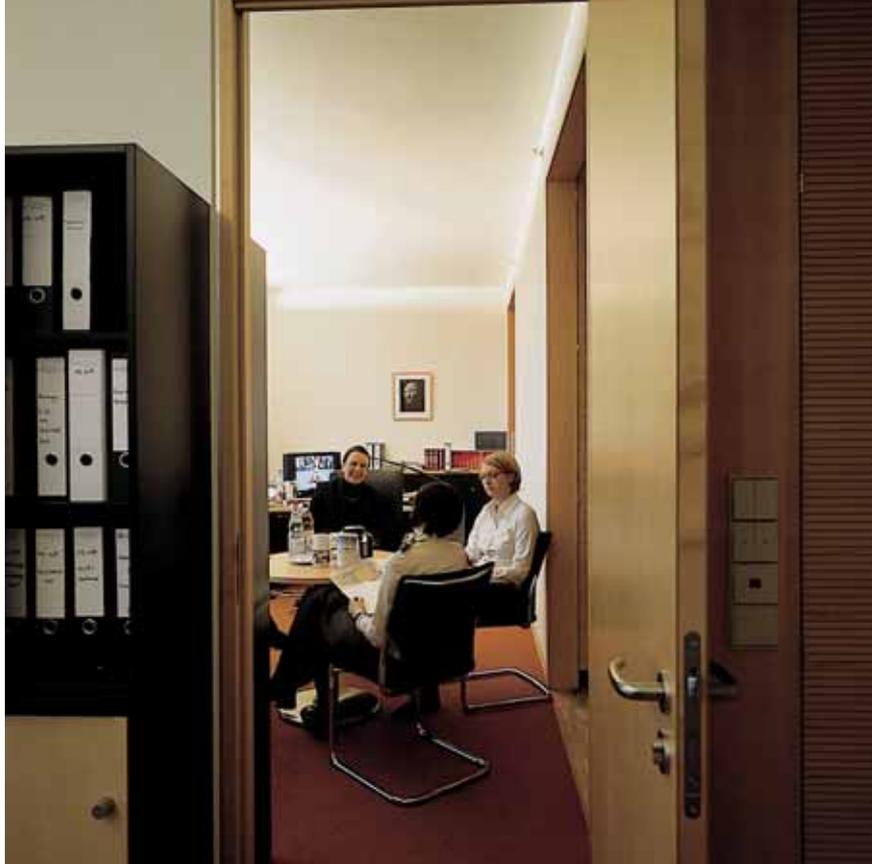


## 14.30 Uhr: Teamsitzung im Büro.

Um 18.15 Uhr landet sie an. Das Glück ist ihr hold, denn die Eröffnungsveranstaltung beginnt auch verspätet – als die Türen zum großen Saal geschlossen werden, ist die Abgeordnete auf ihrem Platz und die Einlasserinnen atmen zum ersten Mal erleichtert auf.

Nach zwei Stunden Reden und Programm kommt Ursula Heinen aus dem Saal und macht einen fröhlichen Eindruck. Obwohl die Zeiten sich verschoben haben und nicht alles nach ursprünglichen Plänen lief – der Tag hat sich gelohnt. Irgendwie ist immer noch alles ins Lot gekommen und sie hat geschafft, was sie schaffen wollte. Nun will sie noch mit Fraktionskolleginnen und -kollegen in die Messehalle 21, wo die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände ihre Präsentationen aufgebaut hat. Der Weg dorthin ist enorm lang und kommt – ein wenig unfreiwillig, weil die Zeit so knapp ist – einem kompletten Messe-rundgang gleich. Die letzten Vorbereitungen für den nächsten Tag, an dem die Besucher kommen werden, laufen. Fußböden werden gestrichen, Messestände zusammengezimmert, Lebensmittel zu Kunstwerken arrangiert, es duftet nach Blumen, Käse und Wurstspezialitäten.

Bei den Waldbesitzern ist es voll, laut und angenehm chaotisch. Die Abgeordnete und ihre Kolleginnen



und Kollegen finden einen Tisch, ergattern einen Wein und können an diesem Abend noch eine ganze Reihe Gespräche führen, für die man sonst mühevoll Termine in eng geplanten Sitzungswochen finden muss. „Grüne Woche“ sei, schwärmt Ursula Heinen, die beste Möglichkeit, mit ganz vielen Menschen über ganz viele Dinge zu reden. Das sei Nachbereitung von und Vorlauf für Arbeit – effektiv und angenehm zugleich.

Es ist 22 Uhr, die Abgeordnete wird noch in die Messehalle 23 a gehen, wo ein Empfang stattfindet. Sie schenkt der Journalistin zuvor eine der zwei blutroten Nasen, die in der Tagespost waren. Die Nase ist aus Schaumstoff. Und wenn man sie aufsetzt, ist man fast vollständig für den Karneval präpariert. Berliner mögen das ja seltsam finden. Eine Kölnerin hat damit nur gute Erfahrungen gemacht.

Text: Kathrin Gerlof  
Fotos: studio kohlmeier

## 18.15 Uhr: Eröffnungsveranstaltung der „Grünen Woche“ im ICC Berlin.

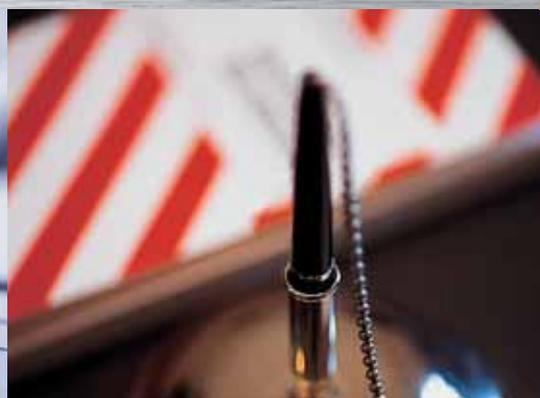
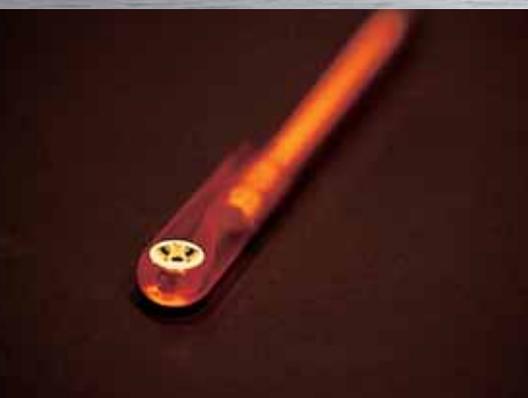


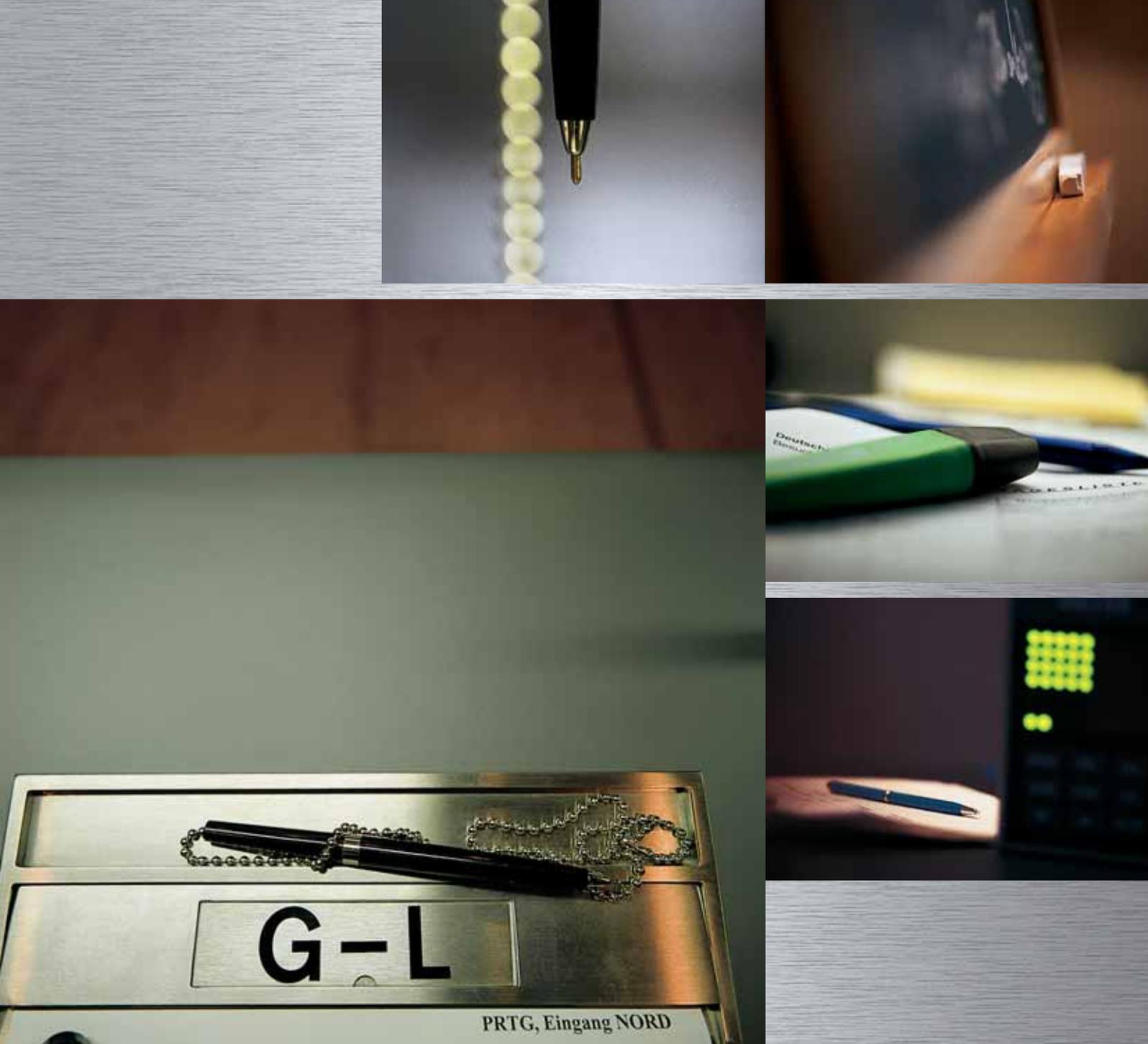


Die Schreibgeräte der Gegenwart sind Tastaturen, Palms, Handys, deren Tasten mindestens drei Buchstaben fassen. Das ist praktisch, aber nicht schön. Es ermöglicht – im schlimmsten Fall –, erst zu schreiben und dann nachzudenken. Im besten Fall spart es Zeit.



# Persönlichkeiten





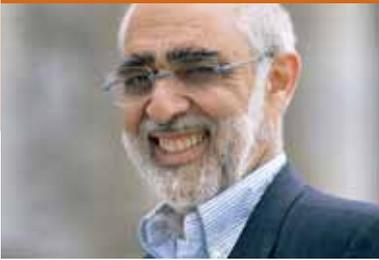
Doch verschwunden sind sie nicht, all jene Schreibgeräte, die jemand mal Entschleunigungsgeräte genannt hat, weil sie zwingen, erst zu denken und dann zu Papier zu bringen. An manchen Orten liegen sie aus ganz pragmatischen Gründen zur Benutzung bereit. Eine Unterschrift ist noch immer der Beweis von Anwesenheit und ein Ausdruck von Persönlichkeit. Auch wenn es längst die elektronische Signatur gibt.

Und zum Glück ist auch der König der Schreibgeräte, der Füllfederhalter, nicht verschwunden. Er hat in den Sechzigerjahren den Siegeszug des Kugelschreibers überstanden,

er wird weiterhin verschenkt und gekauft und eignet sich als diskretes Statussymbol. Hingegen wird der Emporkömmling Kugelschreiber zu gern als preiswerte Werbefläche genutzt, nur selten noch gibt es die edlen Stücke mit kunstvoll eingraviertem Namen.

Natürlich ist eine ergonomisch perfekte Tastatur mit Infrarotschnittstelle etwas Tolles. Aber nichts, absolut nichts geht über den Bleistift Faber Mongol Nummer 2. Oder wird man jemals mit den Tasten eines Handys eine Idee skizzieren können?

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier



## Wann war's – wer war's?

Lesen Sie Michael S. Cullens Episode aus der Geschichte des Reichstagsgebäudes, beantworten Sie seine Frage und gewinnen Sie eine Reise nach Berlin.

# Träume ohne Maßstab

Wenigstens einem der Planer von Hitlers „Welthauptstadt Germania“ muss der Größenwahn des Projekts bewusst gewesen sein: Hans Stephan, Abteilungsleiter der für das Projekt zuständigen „Generalbauinspektion“. Er brachte damals eine Karikatur zu Papier, auf der das gesamte Reichstagsgebäude vom Greifer eines Riesenkrans gepackt wurde – die Arbeiter hatten unter den herumliegenden gebäudegroßen Bausteinen versehentlich einen falschen erwischt.

Stephan hatte mit seiner Zeichnung nur wenig übertrieben. Denn tatsächlich war Hitler und seinem Chefarchitekten Albert Speer bei ihren 1938 fertig gestellten Planungen jeder Maßstab abhanden gekommen. So sollte das Herzstück des Projekts, die „Große Halle des Volkes“, rund 180.000 Menschen Platz bieten und eine Kuppelhöhe von 290 Metern erreichen – über 150 Meter höher als der Petersdom.

Das angrenzende Reichstagsgebäude, das heute etwa 40 Meter hoch ist, hätte daneben gewirkt wie eine Puppenstube. Allerdings sollte der Reichstag um einen Sitzungssaal erweitert werden, der fast 1.200 so genannte Abgeordnete fassen sollte – einschließlich der etwa 200 Vertreter der zu annekierenden Gebiete.

Ganz besondere Eile legten Speer und sein umfangreicher Stab von Mitarbeitern bei der Neugestaltung der Ost-West-Achse vom Brandenburger Tor bis zum damaligen Knie (heute Ernst-Reuter-Platz) an den Tag. Die Sie-



Modell der Welthauptstadt „Germania“.

gessäule, die bisher auf dem Königsplatz vor dem Reichstag gestanden hatte, wurde zwischen Herbst 1938 und dem Frühjahr 1939 zum Großen Stern versetzt. Die Charlottenburger Chaussee, die heutige Straße des 17. Juni, wurde verbreitert. An beiden Seiten ließ Speer riesige Kandelaber nach einem eigenen Entwurf aufstellen.

Hitlers Baumeister gab sich hier ganz besondere Mühe. Denn dieser

Abschnitt der Ost-West-Achse sollte bereits am 19. April 1939 eingeweiht werden, am Vorabend des 50. Geburtstags seines Chefs. Am Geburtstag selbst nahm Hitler von einer Tribüne aus eine große Parade ab – ein Vorgriff auf die erträumten künftigen Siegesparaden.

Die Gesamtplanung der Welthauptstadt umfasste weit mehr Projekte. So sollte die Ost-West-Achse von einer Nord-Süd-Achse gekreuzt werden, was den Abriss ganzer Stadtviertel notwendig gemacht hätte. Zur Vorbereitung mussten 1938 viele Bewohner ihre Wohnungen verlassen.

Für die Große Halle wurden die Wohnhäuser des gutbürgerlichen Alsen-Viertels abgerissen, wo heute das Paul-Löbe-Haus steht. Nach Kriegsbeginn setzte Speer immer mehr ausländische Zwangsarbeiter, später auch Kriegsgefangene für die Umsetzung seiner Welthauptstadtträume ein. Erst 1943, als ein deutscher Sieg immer unwahrscheinlicher wurde, schief das Projekt ein. Wegen der Verschleppung der Juden und dem Einsatz von Zwangsarbeitern wurde Albert Speer bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen zu 20 Jahren Haft verurteilt.

**Die Preisfrage lautet:  
Wo stand die Siegessäule früher?**

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. **Einsendeschluss: 26. März 2004.** Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 7/03 lautet: Die kyrillischen Inschriften im Reichstagsgebäude haben sowjetische Soldaten nach der Eroberung Berlins 1945 hinterlassen. Eine Reise nach Berlin hat Ingrid Nicoletzki aus Eschweiler gewonnen.



## Frauen im Bundestag

Weiter auf dem Vormarsch **18**

Ein gutes Verhältnis **20**

Parlamentarierinnen im Porträt **26**

Ein langer Weg zur Gleichberechtigung **30**

Infos zum Thema **32**

Sonderthema

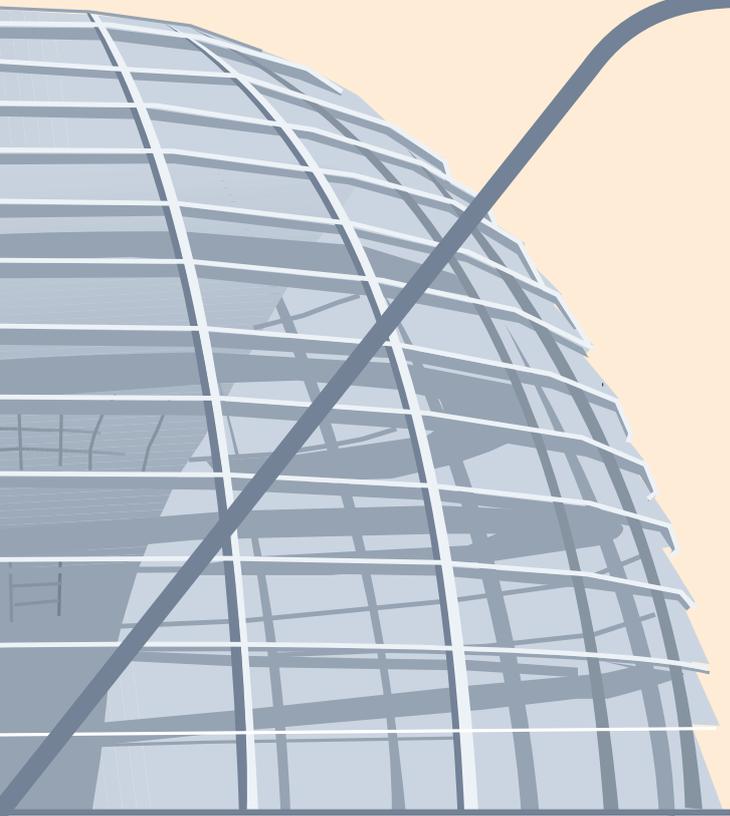
# 1949



Die Frauen sind auf dem Vormarsch. Auch im Bundestag. Inzwischen ist jedes dritte Mitglied des Bundestages weiblich, stellen die Frauen die Hälfte des Personals der Bundestagsverwaltung. Sie dringen in immer mehr Politikfelder vor, die früher als reine Männerdomänen galten, besetzen auch Spitzenfunktionen.

**BLICKPUNKT BUNDESTAG** beschreibt die Entwicklung, die Dimensionen in den einzelnen Gremien und beleuchtet den Werdegang von vier Politikerinnen.

2002



Frauen im Bundestag

# Weiter auf dem Vormarsch

**1 Wählerschaft:** Jeder mindestens 18-jährige Deutsche hat das aktive Wahlrecht (von wenigen Ausnahmen abgesehen). Bei der letzten Bundestagswahl im September 2002 konnten davon erstmals 1,6 Millionen junge Frauen und 1,7 Millionen junge Männer Gebrauch machen. Wahlberechtigt waren insgesamt 31,9 Millionen Frauen und 29,3 Millionen Männer.

**2 Geschlechterverhältnis:** Der Frauenanteil von derzeit 32,8 Prozent im Bundestag ist vergleichbar mit dem Verhältnis im Europäischen Parlament. Hier stieg der Anteil von der ersten Wahlperiode 1979 (16,5 Prozent) auf derzeit 31 Prozent. Geringere Quoten erreichen die französische Nationalversammlung (59 von 577 Abgeordneten: 10,2 Prozent), das italienische Parlament (71 von 617 Abgeordneten: 11,5 Prozent) und das US-Repräsentantenhaus (62 von 435 Abgeordneten: 14,2 Prozent). Im britischen House of Commons sind von 659 Abgeordneten 119 Frauen (18 Prozent). Einen relativ hohen Frauenanteil hat das niederländische Parlament mit 57 von 150 Abgeordneten (38 Prozent).

## Frauen im Bundestag Ein gutes Verhältnis

Frauen sind anders. Sie machen nach eigenem Empfinden auch eine andere Politik. „Sie verfolgen ganzheitliche Ansätze,“ sagt die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth. Ein Beleg: „Wo es zum Beispiel um Integration von Zugewanderten geht, haben Parlamentarierinnen seit langem darauf gedrängt, Sprachkurse zu verbinden mit Landeskunde, Verfassungsfragen, Informationen über den Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zur Umschulung und Weiterbildung.“ Das Vorankommen der Frauen überall in der Gesellschaft, besonders aber im Deutschen Bundestag, hat daher mehr als statistischen Wert. Nach der Einschätzung der früheren Bundestagspräsidentin ändert sich Politik nicht nur quantitativ im Verhältnis der Geschlechter, sondern auch qualitativ in ihren Inhalten.

Das war ein weiter Weg. Zu Beginn der ersten Wahlperiode 1949 zählte der Frauenanteil im Parlament gerade einmal 6,8 Prozent; zu Beginn der jüngsten 2002 waren es 32,8 – ein Anstieg um fast 500 Prozent. Und doch handelt es sich eher um eine Momentaufnahme. Der Weg dürfte weitergehen. Zumindest, wenn man die

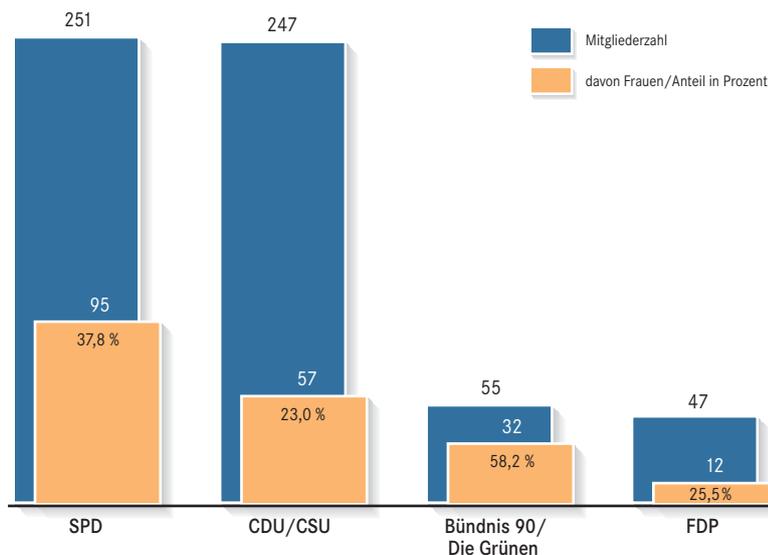
**Wählerschaft 1** betrachtet: An der letzten Bundestagswahl beteiligten sich 23,4 Millionen Männer – aber 25,5 Millionen Frauen. Hätte sich dieses **Geschlechterverhältnis 2** in der Wahl exakt auch im Parlament widergespiegelt, wären nicht 198 Frauen in den Bundestag gewählt worden, sondern 314.

Zahlen sagen wenig über Einfluss. Mit ihrer Doppelspitze in der Fraktionsführung rückten das Bündnis 90/Die Grünen seit ihrem Einzug in den Bundestag in den Blick, dass mindestens eine Frau an den Schalthebeln der Oppositions- oder Koalitionsarbeit sitzt. Manchmal auch zwei. Wie weit der Bundestag inzwischen sogar zu einer Art Vorbildfunktion auf diesem Feld geworden ist, zeigt sich an der Spitze der größten Oppositionsfraktion. Traditionell als herausragende personelle Alternative zum Regierungschef aufgebaut, hat der Posten der Oppositionsführung in der Hand von Angela Merkel längst ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass die „Richtlinien der Politik“ in dieser Republik auch von einer Frau bestimmt werden können. Schon jetzt sind unter 14 Kabinettsmitgliedern sechs Frauen.

Anteil der Frauen zu Beginn der Wahlperiode im Bundestag



## Anteil der Frauen in den einzelnen Bundestagsfraktionen



(Hinzu kommen zwei Frauen als fraktionslose Abgeordnete der PDS und der fraktionslose Abgeordnete Martin Hohmann.)

Längst ist das alltägliche parlamentarische Geschäft über den Status hinaus, dass Frauen besonders erwähnt werden müssen. Sie gehören einfach dazu. Insofern unterscheiden sich die Erfahrungen junger weiblicher Abgeordneter von heute deutlich von denen ihrer Vorgängerinnen in früheren Jahrzehnten. Die engagierte Parlamentarierin ist vom Ausnahme- zum Normalfall geworden. Freilich ist dieser Normalfall in den verschiedenen Fraktionen noch unterschiedlich intensiv entwickelt. Als Faustformel gilt: Bündnis 90/Die Grünen und SPD haben einen überdurchschnittlichen, FDP und CDU/CSU einen unterdurchschnittlichen Frauenanteil. Und: Der Frauenanteil ist gegen Ende einer Wahlperiode stets größer als zu Beginn.

Der Hintergrund: Für alle im Verlauf ausscheidenden Abgeordneten, die nicht aus einem Bundesland mit Überhangmandaten kommen, rücken die nächstplatzierten von der jeweiligen Landesliste nach. Und das sind in der Regel mehr Frauen als Männer. Offensichtlich sind oder waren die Frauen also auf den hinteren Listenplätzen zahlreicher vertreten als auf den vorderen, machen sich also im Verlauf der Wahlperiode dann auch deutlicher im Erscheinungsbild jeder **Fraktion** ③ bemerkbar.

Niemand wundert sich mehr, wenn auch die Umgebung von Parmentar-

rierinnen und Parlamentariern immer weiblicher wird. Früher war es Standard, dass Anrufe in Abgeordnetenbüros von der Sekretärin entgegen genommen, dann aber zur weiteren Bearbeitung zu einem Mann durchgestellt wurden. So ist es in vielen Büros auch heute noch. Aber mit abnehmender Tendenz: Auch Referatsaufgaben werden zunehmend von Mitarbeiterinnen übernommen. Und doch wird aus den Wahlkreisen immer noch von einer unterschiedlichen Wahrnehmung berichtet: Der Lebenslauf eines Mannes erscheint als beruhigend normal, wenn darin auch Kinder auftauchen. Der einer Frau löst die Frage aus, wie eine Frau das Mandat trotz ihrer Kinder schaffen möchte oder konnte.

Eine Frage also, die die Rekrutierung des parlamentarischen Nachwuchses an der Basis mit beeinflusst. Die Kandidatenaufstellung erfolgt für die Direktkandidaten durch die örtlichen beziehungsweise regionalen Parteiversammlungen, für die Landeslisten durch landesweite Parteitage. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten war die Berufung und die Kandidatur von Frauen noch die Ausnahme; diese Tradition wurde erst langsam aufgebrochen. Zum Teil durch geänderte Gewohnheiten, zum Teil aber auch durch strenge Vorgaben für die **Nominierung** ④ der Kandidaten in den Parteistatuten.

③ **Fraktionen:** Sie sind nach dem Ursprung des Wortes „Fraktur“ (Bruch) sozusagen Bruchteile. Und zwar sowohl Teile des Bundestages als auch Teile von Parteien. Unter Fraktionen wird der Zusammenschluss von Abgeordneten in einem Parlament verstanden, die einer Partei angehören. Zur Bildung einer Fraktion im Bundestag müssen mindestens fünf Prozent der Gesamtmitgliedszahl des Bundestages derselben Partei angehören.

④ **Nominierung:** Nominiert (vom lateinischen Wort für „nennen, benennen, ernennen“) wurden für die Bundestagswahl 2002 als Direktkandidaten insgesamt 1.944 Bürger, darunter 467 Frauen (24 Prozent). Auf Landeslisten wurden 2.848 Kandidaten aufgestellt, darunter 932 Frauen (32,7 Prozent). Dies waren im Einzelnen bei der SPD 209 von 516 (40,5 Prozent), bei der CDU 152 von 449 (33,8 Prozent), bei der CSU 16 von 53 (30,2 Prozent), beim Bündnis 90/Die Grünen 107 von 221 (48,4 Prozent), bei der FDP 78 von 368 (21,2 Prozent) und bei sonstigen Parteien 379 von 1.241 (30,5 Prozent).

**5 Sanktionen:** Sanktioniert (vom lateinischen Wort für „Vergeltung“), also mit negativen Folgen bei Fehlverhalten verknüpft, ist die Berücksichtigung von Mindestquoten nach dem Gesetz nicht. Die Kandidatenaufstellung muss lediglich nach den Vorgaben für die innere demokratische Organisation der Parteien erfolgt sein. Ansonsten sind die Aufstellungen ungültig.

**6 Geschäftsführung:** Die Organisation der alltäglichen Arbeitsabläufe, also das operative Geschäft der Themenbehandlung und Sitzungsabläufe, obliegt den so genannten Parlamentarischen Geschäftsführern. Damit betraut sind bei der SPD zwei Männer und zwei Frauen, beim Bündnis 90/Die Grünen ein Mann und zwei Frauen, bei der CDU/CSU vier Männer und eine Frau und bei der FDP drei Männer.



*„1994 lautete das Motto der Aktionen der sozialdemokratischen Frauen: ‚Die Hälfte des Himmels, die Hälfte der Erde, die Hälfte der Macht‘. Inzwischen haben die Frauen die Hälfte des Kabinetts erobert. Das ist ein Novum. Denn so viel Frauenpower gab es noch nie in einer Regierung.“*

Kerstin Griese, SPD  
[kerstin.griese@bundestag.de](mailto:kerstin.griese@bundestag.de)  
[www.kerstin-griese.de](http://www.kerstin-griese.de)

## Weitreichende Vorschriften

Die weitreichendsten Vorschriften hat sich das Bündnis 90/Die Grünen gegeben. Hier existiert seit 1986 ein eigenes „Frauenstatut“. Darin wird als „Mindestquotierung“ festgelegt: „Wahllisten sind grundsätzlich alternierend mit Frauen und Männern zu besetzen, wobei den Frauen die ungeraden Plätze zur Verfügung stehen (Mindestparität).“ Der Spitzenplatz gehört also immer einer Frau; kein Mann kann sich dafür bewerben. Genauso ist es bei den Plätzen 3, 5, 7, 9 und so weiter. Männer können für die Plätze 2, 4, 6, 8 und so weiter zum Zuge kommen; jedoch dürfen sich dafür auch Frauen bewerben.

Das Organisationsstatut der SPD schreibt vor, dass in den Funktionen und Mandaten der Partei „Frauen und Männer mindestens zu 40 Prozent vertreten sein“ müssen. Weiter präzisiert wird das in der Wahlordnung der SPD. Danach müssen die Wahlvorschläge der Vorstände „Frauen und Männer mindestens zu je 40 Prozent berücksichtigen“ (Paragraf 3, Absatz 5). Während bei Wahlen zu kommunalen und landesweiten Vertretungen die Parteiebenen noch relativ frei in der Entscheidung sind, wo sie Frauen und Männer platzieren, gilt in der SPD-Wahlordnung für den Bund eine Einschränkung. In Paragraf 4, Absatz 2 heißt es unmissverständlich: „Die Aufstellung der Landeslisten erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin, jeder 5. Platz kann entweder mit einer Frau oder einem Mann besetzt werden.“

Während die SPD von einer „Frauenquote“ spricht, kennt die CDU das „Frauenquorum“. Das bedeutet: „Frauen sollen an Parteiämtern in der CDU und an öffentlichen Mandaten mindestens zu einem Drittel beteiligt sein.“ Der Begriff „sollen“ ist in den nachfolgenden Detailregelungen mit unterschiedlich starken **Sanktionen 5** verknüpft. Geht es um Funktionen innerhalb der Partei, so können die entscheidenden Wahlgremien diejenigen Vorschläge zurückweisen, die „Frauen nur unzureichend berücksichtigen“. Wird bei Wahlen von der Kreisverbandsebene an das Frauenquorum im

ersten Wahlgang nicht erreicht, „ist dieser Wahlgang ungültig“. Erst der zweite Wahlgang ist unabhängig vom dann erreichten Frauenanteil gültig. Bei den Direktkandidaturen zum Bundestag wird der Vorstand bei seinem Vorschlag verpflichtet, „auf eine ausreichende Beteiligung von Frauen hinzuwirken“. Bei der Aufstellung von Landeslisten der CDU für Bundestagswahlen ist das vorschlagende Gremium gehalten, „unter drei aufeinander folgenden Listenplätzen jeweils mindestens eine Frau“ vorzuschlagen. Wahlkreis kandidatinnen sollen dabei vorrangig berücksichtigt werden. Die Wahlversammlung ist jedoch frei in der endgültigen Beschlussfassung. Die CSU hat in ihre Satzung unter Paragraf 45, Absatz 2 die Bestimmung aufgenommen: „Bei allen Wahlen sind Frauen zu berücksichtigen.“

## Unerfreuliche Nebeneffekte

Bei der FDP fehlt selbst ein solcher Pausus; hier heißt es zur „Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen“ in der FDP-Bundessatzung lediglich: „Für die Aufstellung der Bewerber für Wahlen zu Volksvertretungen gelten die Bestimmungen der

## Historische Entwicklung des Frauenanteils in der SPD-Fraktion



## Historische Entwicklung des Frauenanteils in der CDU/CSU-Fraktion



Wahlgesetze und der Satzungen der Bundespartei und der zuständigen Gebietsverbände.“ Gleichzeitig setzt sich die FDP programmatisch mit der Frauenförderung auseinander und weist darauf hin, dass Quotenförderung kein Garant für die Karriere von Frauen sei. Im FDP-Papier zum „liberalen Frauenbild“ wird erläutert: „Die Quote als bürokratische Ausprägung des Feminismus hat zu Beginn einige charismatische Frauen nach oben gebracht, die ohne diese Hilfe einer breiten Öffentlichkeit nicht bekannt geworden wären. Dies war sehr positiv. Weniger positiv indes war der später zu beobachtende Effekt, dass eben jene Frauen zwar hoch, aber nicht ganz hoch kamen. Sie wurden mehr, aber nicht viele. Sie wurden gut, aber nicht gut genug, um sich dauerhaft zu positionieren. Denn die Quote hat unerfreuliche Nebeneffekte: die guten Frauen konkurrieren weniger mit den Männern als vielmehr mit ihren ebenso gut qualifizierten Geschlechtsgenossinnen. Und oft genug schien es so zu sein, dass auf Quotenplätzen (im Vergleich zu ihren männlichen Mitbewerbern) gute Frauen, aber eben nicht die besten landeten.“

Wie sieht es allgemein an der Spitze der Fraktionen aus? Bei Bündnis 90/Die Grünen sind von zehn Vorstandsmitgliedern sechs Frauen (60 Prozent). Die SPD-Führung setzt sich zusammen aus dem **Geschäftsführenden** ⑥ Vorstand mit 13 Mitgliedern (darunter fünf Frauen) und dem Fraktionsvorstand mit 30 Mitgliedern (darunter 13 Frauen). Bei der SPD stellen die Frauen an der Fraktionsspitze also einen Anteil von 41,9 Prozent. Der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aus dem Geschäftsführenden Vorstand mit 18 Mitgliedern (darunter vier Frauen) gebildet. Dem erweiterten Fraktionsvorstand gehören darüber hinaus die 22 Vorsitzenden und Sprecher der Arbeitsgruppen (darunter vier Frauen), die sechs Vorsitzenden der soziologischen Gruppen (darunter eine Frau) und die 15 Beisitzer (darunter fünf Frauen) an – macht zusammen einen Frauenanteil von 23 Prozent. An der Spitze der FDP-Bundestagsfraktion steht das fünfköpfige Gremium aus Vorsitzendem und Vertretern (darunter eine Frau), die drei Parlamentarischen Geschäftsführer sowie die fünf Arbeitskreisvorsitzenden (keine Frau) – das ergibt eine Frauenquote von 7,7 Prozent. Unter den 30 weiteren Sprechern der FDP-Fraktion befinden sich sieben Frauen (23,3 Prozent).

Die Bundestagsarbeit wird verantwortet vom Präsidenten, vom Präsidium, vom **Ältestenrat** ⑦ und von den Vorsitzenden der Bundestagsausschüsse. Auch hier haben die Frauen inzwischen einen bemerkenswerten Anteil erreicht. Im fünfköpfigen Präsidium wirken zwei Frauen mit. In den 28 Mitglieder zählenden Ältestenrat wurden elf Frauen entsandt und von den 21 Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse sind neun Frauen.

Wie weit der Bundestag als Ganzes damit auf dem Weg zu gleicher Teilhabe der Geschlechter an den Spitzenpositionen gekommen ist, wird deutlich bei einem Blick in Wirtschaft und Verbände. Die von der Beschäftigtenzahl her gesehen 86 größten deutschen Unternehmen werden von 525 Vorstandsmitgliedern geführt. Darunter befinden sich ganze sieben Frauen (Anteil: 1,3 Prozent). Die 36 größten Unternehmen kennen sogar

⑦ **Ältestenrat:** Der Ältestenrat ist das zentrale Lenkungs- und Koordinationsgremium des Bundestages und unterstützt in dieser Eigenschaft den Bundestagspräsidenten bei der Führung der Geschäfte. Der Bundestagspräsident ist zugleich Vorsitzender des Ältestenrates und leitet dessen Sitzungen. Auch seine Stellvertreter gehören dem Ältestenrat an. Weitere Mitglieder entsenden die Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke. Sie achten darauf, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer ebenfalls im Ältestenrat sitzen und weitere Empfehlungen zur Festlegung der Tagesordnung und der Redezeiten geben können. Weil die jeweils anstehende Thematik im Bundestag auch von der Arbeit der Bundesregierung beeinflusst wird, nimmt ein Vertreter der Bundesregierung an den Sitzungen teil.



*„Besonders ernüchternd ist die wirtschaftliche Lage der Frauen in Deutschland. Frauen verzichten wegen der Kindererziehung auf Erwerbstätigkeit oder unterbrechen sie. Sie sind häufiger teilzeitbeschäftigt, haben die schlechter bezahlten Jobs und sind öfter von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Folge sind geringere Rentenansprüche, die oft kaum zum Leben reichen.“*

**Maria Eichhorn, CDU/CSU**  
[maria.eichhorn@bundestag.de](mailto:maria.eichhorn@bundestag.de)  
[www.mariaeichhorn.de](http://www.mariaeichhorn.de)

### 8 Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz:

Das Gesetz zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern (DGleIG) ist Ende 2001 in Kraft getreten. Es löste das Frauenfördergesetz, das nicht die erhofften Wirkungen erzielt hatte, mit dem Ziel ab, die Gleichstellung im öffentlichen Dienst des Bundes entscheidend voranzubringen und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Frauen und Männer zu verbessern. Das Gesetz regelt unter anderem die Wahl einer Gleichstellungsbeauftragten, die Ausschreibung von Arbeitsplätzen für Frauen und Männer und die bevorzugte Einstellung von Frauen, soweit diese in bestimmten Bereichen unterrepräsentiert sind. Informationen unter [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)



*„Wir haben in den letzten vier Jahren nachhaltige Verbesserungen erzielen können. Ich nenne nur einige: das Elternzeitgesetz, das Teilzeitgesetz, ein Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen*

*Dienst, gesetzliche Änderungen für die Erwerbsarbeit, das Lebenspartnerschaftsgesetz, die Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation von Prostituierten, das Gewaltschutzgesetz, der eigenständige Aufenthalt für ausländische Ehefrauen ...*

*[Aber:] Wir haben noch unendlich viel zu tun, bevor wir gerade im Erwerbsleben und bei der traditionellen Rollen- und Aufgabenverteilung eine faktische Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht haben.“*

Irmingard Schewe-Gerigk,  
Bündnis 90/Die Grünen  
[irmingard.schewe-gerigk@bundestag.de](mailto:irmingard.schewe-gerigk@bundestag.de)  
[www.schewe-gerigk.de](http://www.schewe-gerigk.de)

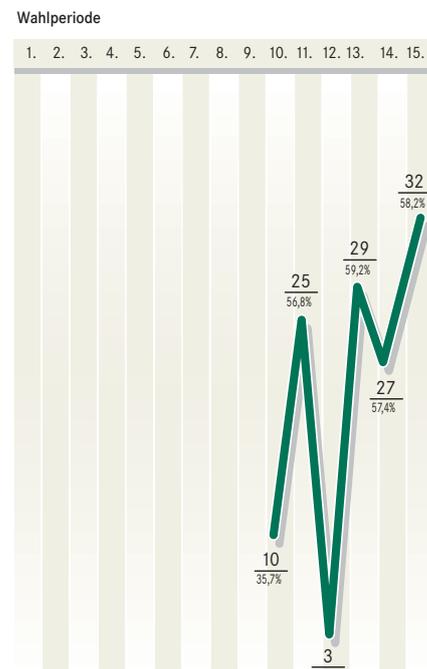
keine einzige Frau im Spitzenmanagement. Etwas besser wird das Verhältnis, wenn die Mitglieder der Aufsichtsräte betrachtet werden: Dann sind von 1.488 Mitgliedern 116 Frauen (7,8 Prozent). Unter den 409 Mitgliedern der Geschäftsführung und des Vorstandes deutscher Gewerkschaften befinden sich 67 Frauen – das entspricht einem Anteil von 16,4 Prozent. Auf der anderen Seite, der der Arbeitgeber, lautet das Verhältnis vier von 202, und der Anteil 1,9 Prozent. Ähnlich sieht es bei den meisten Verbänden und ihren Repräsentanzen aus. Lediglich die Verbände aus dem Bereich Frauen, Jugend und Senioren heben sich von dem üblichen sehr niedrigen Frauenanteil ab – hier kommen die weiblichen Mitglieder von Vorstand und Geschäftsführung auf 69 Prozent.

### Wegweisende Schritte

Zu den wegweisenden Schritten, mit denen der Gesetzgeber seit Mitte der Neunzigerjahre das Vorankommen der Frauen zumindest in der öffentlichen Verwaltung unterstützte, gehörte das Frauenförderungsgesetz, das später durch das **Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz** 8 abgelöst wurde. Als Folge bekam auch die Bundestagsverwaltung eine Gleichstellungsbeauftragte, die für ihre Aufgaben freigestellt ist. Antje Lange ist bereits dreimal in dieses Amt gewählt worden, versieht es also seit nunmehr fast einem Jahrzehnt – und hat deshalb den besten Überblick über die Entwicklung. Die rund 2.450 Beschäftigten der Bundestagsverwaltung setzen sich inzwischen zu rund der Hälfte aus Frauen zusammen. Der Anteil der Frauen in den Referatsleitungen bewegt sich auf 30 Prozent zu, der Anteil in den Unterabteilungsleitungen liegt bei 30 Prozent, und auch von den drei Abteilungen der Bundestagsverwaltung wird nun eine von einer Frau geführt. Vor einem Jahrzehnt schienen solche Zahlen noch in unerreichbarer Ferne zu liegen: Ganze sieben Prozent der Leitungsfunktionen wurden seinerzeit von Frauen wahrgenommen.

Wenn Antje Lange, die von ihren Stellvertreterinnen Gabi Bunkrad und Petra Zaccheddu unterstützt wird, die

### Historische Entwicklung des Frauenanteils in der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen



Fülle ihrer Tätigkeiten auf Kernbotschaften zusammendrängt, dann geht es der Gleichstellungsbeauftragten vor allem um zwei Anliegen:

Die Unterrepräsentanz von Frauen in allen Bereichen überwinden. Dazu wird für jeweils vier Jahre ein Gleichstellungsplan erarbeitet und zwischen Verwaltung, Personalrat und Gleichstellungsbeauftragter mit konkreten Vorgaben für die verschiedenen Verwaltungsbereiche vereinbart – mit Folgen für Nachbesetzungen: „Bei gleicher Qualifikation“ werden Frauen bevorzugt, falls sie hier zu wenig vertreten sind.

Erwerbs- und Familienleben für Frauen und Männer besser vereinbar machen (darum geht es auch in der täglichen Arbeit, etwa durch Teilzeitbeschäftigung, die Kindertagesstätte und Fortbildungsveranstaltungen in Teilzeit).

Als Lange 1994 ihr Amt antrat, wusste sie bereits, wo bei der Frauenförderung „der Hase läuft“. Schließlich hatte sie sich im Personalrat bereits um diese Thematik gekümmert, konnte alle Gremien, die beteiligt sind,

musste nicht erst lernen, wo welche Fallstricke in Arbeitsverträgen und Organisationsplänen verborgen sein können. Und doch hatte sie vieles erst auch neu zu entdecken. Sie kann zwar ihre Arbeit selbstständig und selbstverantwortlich gestalten, hat auch direkten Zugang zum Bundestagspräsidenten und zum Direktor beim Deutschen Bundestag. Aber in etlichen Fällen ist ihre Beteiligung nicht vorgeschrieben oder selbstverständlich, sondern musste erkämpft werden. Letztlich hält sie die Neukonstruktion, der Verwaltung anzugehören – sie ist dem Abteilungsleiter Zentrale Dienste zugeordnet – aber weisungsfrei zu sein, für ausgesprochen gelungen. Denn nicht immer sind die Vorstellungen der Verwaltung, des Personalarats und die der Gleichstellungsbeauftragten deckungsgleich.

Ein wichtiger Teil der Frauenförderung in der Bundestagsverwaltung besteht neben der Beratung in Einzelgesprächen, der Umsetzung des Gleichstellungsplans und der Betreuung einzelner Vorgänge in dem Aufbau verschiedener Netzwerke. Das

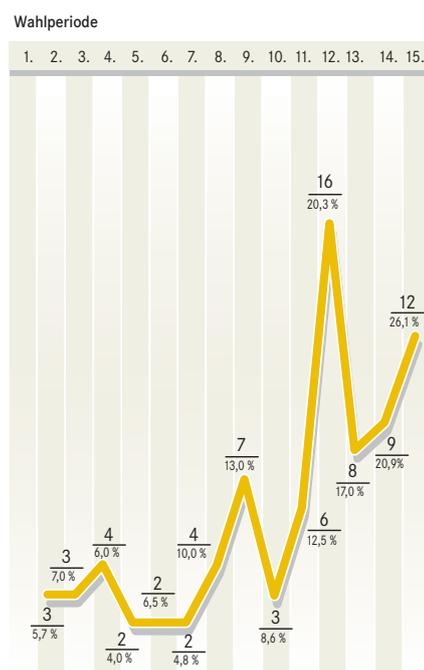
**Mentoring** <sup>9</sup> ist eines dieser Projekte. 13 Teams haben sich hier zusammengefunden, bei denen erfahrene Referatsleiter und Referatsleiterinnen sowie Unterabteilungsleiter und Unterabteilungsleiterinnen mit Nachwuchskräften besprechen, worauf es ankommt. „Ein zusätzliches Instrument, das jungen Frauen mehr Chancen gibt, sich beruflich besser zu entwickeln“, erläutert Lange. Das Mentoring sei nicht dazu da, in der Karriere weiterzuhelfen, eher schon wichtig, um informelle Zusammenhänge zu erkennen und sich selbst zu positionieren. Weitere Netzwerkbemühungen: Der Arbeitskreis „Frauen und Führung“, in dem sich Mitarbeiterinnen in ihrer Freizeit austauschen, der regelmäßige Frauensammtisch nach dem Dienst, die in Eigenregie erstellte Zeitschrift „Schöne Aussichten“, die drei- bis viermal im Jahr in der Bundestagsverwaltung erscheint und Frauen und Männer auf dem Laufenden hält.

### Wir stehen ganz gut da

Was war besonders gelungen? Spontan fällt Lange die Zeit von Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth ein: „Die hat unheimlich viel bewegt, auch vor dem Gleichstellungsgesetz – das war wie eine Anschubfinanzierung.“ Bei den regelmäßigen Treffen alle sechs Wochen mit den Gleichstellungsbeauftragten aus Ministerien und anderen Behörden („IMA“, Interministerieller Arbeitskreis der Gleichstellungsbeauftragten der Obersten Bundesbehörden) kann Lange nicht nur Tipps geben und Hinweise speichern. Sie bemerkt auch, dass die Situation nicht überall so ist wie im Bundestag. „Wir stehen ganz gut da – das Klima hier ist schon ganz schön weit.“ So zählt denn zu den positiven Erfahrungen der letzten Jahre auch die wiederholte Beobachtung, dass bei der Frauenförderung im Bundestag „schon viele Pfähle eingeschlagen sind, die jetzt selbsttragend wirken“.

Gregor Mayntz

### Historische Entwicklung des Frauenanteils in der FDP-Fraktion



**9 Mentoring:** Der aus der griechischen Mythologie stammende Begriff Mentor für „Erzieher“, „Berater“ meint eine erfahrene Führungskraft, die sich eines Schülers annimmt, ihn über die Schulter schauen lässt und ihm dabei hilft, auf dem weiteren beruflichen Werdegang Hindernisse besser zu erkennen und sich selbst gezielter zu entwickeln.



*„Bei über 4,7 Millionen Arbeitslosen sind die Chancen für Frauen, eine unbefristete, existenzsichernde Vollzeitstelle zu finden, so schlecht wie nie ... Ich glaube, dass viele Frauen wegen der hohen Arbeitslosigkeit gar nicht mehr den Mut haben, ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anzubieten. Deshalb tauchen sie in der Arbeitsmarktstatistik nicht mehr auf. Das wollen wir nicht. Die nachhaltige Integration von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen und besonders in der Arbeitswelt ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“*

**Ina Lenke, FDP, Vorsitzende der Bundesvereinigung Liberale Frauen e.V.**  
[ina.lenke@bundestag.de](mailto:ina.lenke@bundestag.de)  
[www.ina-lenke.de](http://www.ina-lenke.de)

# Jetzt erst recht

Für Sabine Bätzing begann die Politik schon zu Hause am Küchentisch. Sie möchte nicht die Quotenfrau geben, sondern Kompetenz einbringen.



Sabine Bätzing.

Wo ihre Motivation für den Einstieg in die Politik lag? Sabine Bätzing, 29-jährige SPD-Abgeordnete, kann den Ort genau beschreiben: „Zu Haus, am Küchentisch.“ Dort, in einem ausgesprochen konservativen Elternhaus in einer großen katholischen Familie wurde stets intensiv über Politik diskutiert, Onkel und Vettern saßen im Gemeinderat. Aber Sabine Bätzing war mit der Richtung der familiären Debatten nicht immer einverstanden. Und so kam zum Küchentisch als Motivation auch ein wenig Trotz. Mit 16 schnupperte sie nicht etwa bei der Jungen Union rein, sondern besprach mit der Grünen Jugend regenerative Energien und Atomausstieg. Und als sie, inzwischen 18, auch den örtlichen Jusos einmal einen Besuch abstatten wollte, bekam sie von zu Hause eingeschärft: „Unterschreib bloß nichts.“ Resultat: „Ich bin natürlich sofort in die Partei eingetreten.“ Das habe zwar für „etwas Knatsch zu Hause“ gesorgt, gleichwohl: „Das war 'ne gute Clique“.

Bald machte die Familie ihren Frieden mit der politisch anders gefärbten Jungpolitikerin: „Die Bätzings sind bunt geworden.“ Rund ging es als-

dann im Leben der Diplom-Verwaltungswirtin bei der Verbandsgemeindeverwaltung Altenkirchen. Sabine Bätzing nennt es ihre „kleine Ochsentour“, sprich: der Marsch durch die Partei und ihre Gliederungen – aber „im Zeitraffer“. In der Tat: 1994 Parteieintritt, 1995 Beisitzerin im Ortsvereinsvorstand, 1996 Beisitzerin im SPD-Kreisvorstand, 1998 stellvertretende SPD-Ortsvereinsvorsitzende, 1999 Kreistagsabgeordnete.

Und 2001/2002 kam die denkwürdige Kandidatenkür. Aus zwei Kreisverbänden schälten sich fünf Frauen und drei Männer heraus, die sich in einem offenen Verfahren um die Nachfolge des ausscheidenden Genossen bewarben, sich in vier Konferenzen gemeinsam den Parteifreunden präsentierten und sich dann zur Wahl stellten. Das für viele SPD-Gliederungen Untypische geschah: Zwei weibliche Kandidatinnen blieben übrig – und Sabine Bätzing gewann.

*„Frauen müssen gleiche Startchancen haben, um sich beweisen zu können. Deshalb ist die Quote gut. Aber dann gehört auch Kompetenz dazu – und sie dürfen sich nicht entmutigen lassen.“*

Offenbar hatten die Delegierten darauf spekuliert, mit einer Frau bessere Chancen auf einen eigenen Abgeordneten über die Landesliste zu bekommen, da der Wahlkreis traditionell CDU-dominiert ist. Und sich damit kräftig verspekuliert. Denn so „schlau“ waren auch viele andere Wahlversammlungen gewesen und hatten die

Quote übererfüllt. Es blieb der letzte Platz. „Nicht gerade das klassische Zeichen für Nachwuchsförderung“, schmunzelt Bätzing. Doch die Platzierung bewirkte einen „Ruck“ in den 53 Ortsvereinen, ein „jetzt erst recht“ als Reaktion mit dem Ergebnis: Am Ende lag Bätzing mit 1.157 Stimmen vorn. Der Wahlkreis war „direkt“ geholt.

Einzug in den Bundestag. Als junge Frau etwas Besonderes? „Die jungen männlichen Kollegen hatten dieselben Probleme, machten dieselben Erfahrungen, traten in dieselben Fettnäpfchen.“ Aber Bätzing erlebte wieder etwas Untypisches. Bei der allerersten Regierungserklärung des gerade gewählten Kanzlers zeigte der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering Zutrauen in den Nachwuchs und stellte als Rednerin ausgerechnet die jüngste SPD-Abgeordnete auf: Sabine Bätzing. Der Zeitraffer hält also an – in einer ganzen Reihe von Gremien: Enquete-Kommission, Rechtsausschuss, Familienausschuss, Unterausschuss Neue Medien, Bundesstaatskommission. Und überall will Sabine Bätzing „nicht die Quotenfrau geben, sondern Kompetenz bringen“.

Frisch verheiratet, sieht sie voraus, dass sich das Thema Familie bald nicht nur politisch, sondern auch privat stellen wird: „Dann werden wir das noch besser strukturieren und sicher auch hinkriegen.“

**Sabine Bätzing, SPD**  
[sabine.baetzing@bundestag.de](mailto:sabine.baetzing@bundestag.de)  
[www.sabine-baetzing.de](http://www.sabine-baetzing.de)

# Wenn schon dabei, dann richtig

Für Annette Widmann-Mauz wird Frauenpolitik auch dort gemacht, wo sie nicht vordergründig zu erkennen ist, aber tief greifende Auswirkungen für Frauen hat.



Annette Widmann-Mauz.

Das Schlüsselerlebnis, das Annette Widmann-Mauz in die Politik brachte? „Der Einmarsch der Sowjets in Afghanistan“, erinnert sich die heute 37-Jährige. Das löste in ihrem Familien- und Freundeskreis intensive Diskussionen darüber aus, was uns Frieden bedeutet, was uns Freiheit wert ist. Damals lag ihr persönliches Spektrum zwischen CDU und Grünen. Das Konzept von „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ überzeugte sie dann: Schnell gab es den ersten Kontakt zur Jungen Union.

Dort waren zwar schon viele weibliche Mitglieder – weniger jedoch in gestaltenden Führungspositionen. Aber für Widmann-Mauz stand von Anfang an fest: „Wenn schon dabei, dann richtig.“ Diese Einstellung fiel im Laufe der folgenden Jahre immer wieder positiv auf in einem Klima, in dem sich die verschiedensten Parteiorganisationen mit dem Gedanken anfreundeten, mehr Politik gemeinsam mit Frauen zu machen. „Ich war immer die Jüngste. Entweder habe ich den traditionellen ‚Frauenplatz‘ eingenommen oder aber bin einer älteren Frau im Vorstand an die Seite getreten.“ Bereits Mitte der Achtzigerjahre machte sie

mit der Arbeit auf der Landesebene Bekanntschaft, arbeitete dort in einem neu geschaffenen Arbeitskreis „Frauenpolitik“ mit und wurde als erste Frau stellvertretende Landesvorsitzende der baden-württembergischen Jungen Union. Parallel traf sie auch in der CDU und in der Frauen-Union auf offene Arme, arbeitete mit anderen Frauen generationen gemeinsam daran, „die Partei mehr und mehr für die unterschiedlichen weiblichen Biografien zu öffnen“. Und sie erkannte: Man kann sich leidenschaftlich für politische Inhalte einsetzen – mehr Erfolg mit der Umsetzung hat, wer auch über die entsprechenden Positionen und Hausmacht verfügt. Und so ging es weiter: 1997 mit dem Landesvorsitz der Frauen-Union, 1998 mit dem Einzug in den Bundestag und 2003 mit dem stellvertretenden CDU-Landesvorsitz in Baden-Württemberg.

*„Solange wir Frauen in der Minderheit sind, fallen wir auf, wenn wir irgendwo hinzukommen. Aber wir sind längst nicht mehr bloß die Bereicherung einer kameradschaftlichen Truppe, wir werden als kompetente Partnerinnen und auch als echte Konkurrenz wahrgenommen.“*

Der Einzug in den Bundestag klappte auf Anhieb. Und wie ihr, gelang dies einer ganzen Gruppe junger Frauen, die sich in der neuen CDU/CSU-Fraktion wiederfanden. Freundlich und freundschaftlich sei die Aufnahme gewesen. Widmann-Mauz wurde Che-

fin der Gruppe der Frauen und gesundheitspolitische Sprecherin in der CDU/CSU-Fraktion und war so kraft Amtes sogleich auch Mitglied des Fraktionsvorstandes.

Über diese Gruppenorganisation bleibt der Blick für frauenrelevante Aspekte der verschiedensten Politikbereiche erhalten. Nicht nur in ihrem ureigenen Betätigungsfeld, der Gesundheits- und Sozialpolitik, sondern auch dort, wo Frauenpolitik zunächst nicht vordergründig zu erkennen ist, gesetzliche Regelungen aber tiefgreifende Auswirkungen für Frauen haben. Und so sieht sich Widmann-Mauz als Transmissionsriemen für Frauenbelange im Bundestag, als Sprachrohr von Fraueninteressen in der Fraktion. Und das doppelt: „Es geht um Inhalte, Positionen und um Machtpositionen.“

Und wie lebt es sich mit einer Heimat in Tübingen und einer Aufgabe in Berlin? „Bei dieser räumlichen Distanz kann man nicht mal eben abends nach Hause.“ Wichtigste Voraussetzung: „Der Partner muss hundertprozentig hinter der Sache und zu einem stehen.“ Die Abgeordnete ist kinderlos. Und manchmal hat sie das Gefühl, ihr Leben „nahezu komplett den Wählern zur Verfügung zu stellen“. Aber auch der Kinderwunsch hat sich nicht erledigt. Wenn er sich denn einmal erfüllt, werde sich das sicher auch organisieren lassen. Für Wickelmöglichkeiten im Bundestag und einen besseren Zugang für Kinder von Abgeordneten zur Kindertagesstätte des Bundestages hat sie sich jedenfalls bereits eingesetzt. Und sie will weiter daran arbeiten, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für Abgeordnete gelten kann und nicht nur ein Programm für andere ist.

Annette Widmann-Mauz, CDU/CSU  
annette.widmann-mauz@  
bundestag.de  
www.widmann-mauz.de

# Ich wollte etwas verändern

Frauen, sagt Irmingard Schewe-Gerigk, haben zu vielen Themen einen eigenen Zugang und können sich auch parteiübergreifend verständigen, um neue Wege zu suchen.



Irmingard Schewe-Gerigk.

**K**ann Strafrecht Leben retten? Mit dieser Frage und einigen hervorragenden Beiträgen liberaler Frauen wie Hildegard Hamm-Brücher in der Debatte um den Paragraphen 218 fing Mitte der Siebzigerjahre das Kapitel „Irmingard Schewe-Gerigk und die Politik“ an. Die damalige FDP, das war für die heute 55-Jährige die Partei der Bürgerrechte, die Partei, die sich schwer tat, an der Atomkraft festzuhalten – und die Partei, mit der sie sich schnell identifizierte. „Ich wurde – vielleicht auch weil ich gerade ein mittelständisches Unternehmen mitgegründet hatte – von Anfang an ernst genommen.“ Dass es nur wenige Frauen dort gab, hat sie nicht „als etwas Besonderes wahrgenommen“.

Ihr erster Einstieg: die Kommunalpolitik – „denn ich wollte etwas verändern“. Zum Beispiel die Kindergartenöffnungszeiten von 8 bis 12 Uhr und dann nachmittags noch mal. „Welche berufstätige Frau kann ihr Kind um 12 Uhr bereits abholen?“ Ihr erster Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt; meist Männer. Und sie begriff: Frauen haben einen anderen Zugang zu diesen Themen, mit ihnen kann man auch parteiübergreifend

reden, sich verständigen, und dann einen neuen Anlauf mit vielleicht mehr Erfolg unternehmen. Heute sind längere Öffnungszeiten in Kindertagesstätten eine Selbstverständlichkeit.

Die Wende der FDP zur CDU/CSU machte Schewe-Gerigk, inzwischen FDP-Kreisvorstandsmitglied, 1982 nicht mit. Der folgende Versuch, mit politisch Gleichgesinnten die „Liberalen Demokraten“ zu etablieren, scheiterte. 1984 fand sie bei den Grünen eine neue politische Heimat. Zehn Jahre lang war sie Kreistagsabgeordnete. Auch ihre berufliche Entwicklung kam in Gang: Redakteurin, Hoch-

liste – und drin. Erst ein Jahrzehnt ist das her, und obwohl die Grünen-Frauen im Bundestag schon zuvor viel Boden bereitet hätten, habe sie damals doch noch ein sehr provokantes Männer-Frauen-Klima gespürt. Etwa beim Thema „Vergewaltigung in der Ehe“. Die Zeiten ändern sich: Heute könne jede Frau im Plenum über jedes Thema reden, ohne mit anzüglichen Zwischenrufen klarkommen zu müssen. Schewe-Gerigk weiß, wovon sie spricht – unter anderem als frauenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion und als Mitglied im Rechtsausschuss und im Ältestenrat des Bundestages.

Mit der Erfahrung von zehn Parlamentsjahren – machen Frauen eine andere Politik als Männer? „Nicht wirklich“, ist Schewe-Gerigks erste Antwort. Wenn Frauen Karriere machten, legten sie mehr oder weniger automatisch ein eher männliches Verhalten an den Tag. Die aktuelle Doppelfrauen-Spitze in der Fraktion werde manchmal unterschätzt. „Da gibt es mehr leise Töne, aber diese sind häufig effektiver.“ Frauen verfolgten oft andere Durchsetzungsstrategien, konkurrierten mehr um Positionen, statt in kleinen Runden zu kungeln. Kurz: „Frauen kämpfen meist mehr um Anerkennung, Männer mehr um Macht.“

Aber Frauen und Männer können sich auch gut ergänzen. „Ich werde von meinem Ehemann stark entlastet.“ Indem er sich etwa mehr um ihre beiden Kinder kümmerte. Aber wenn sie am Freitag nach Hause kommt, geht es erst einmal stets um Politik. Schließlich ist ihr Mann der Kommunalpolitik treu geblieben. Da wo für sie vor drei Jahrzehnten alles anfang.

*„Frauen im Bundestag – wir sind noch nicht genug. Die Welt ist erst in Ordnung, wenn das Verhältnis der Parlamentarierinnen zu den Parlamentariern dem der Wählerinnen zu den Wählern entspricht.“*

schulfrauenbeauftragte, Regierungsangestellte im nordrhein-westfälischen Gleichstellungsministerium. Der zwischenzeitliche Versuch, für den Landtag in Düsseldorf zu kandidieren, verlief im Sande. Irmingard Schewe-Gerigk war auf Landesebene, also dort, wo die Wahllisten aufgestellt werden, noch kein Begriff. „Beruf, Kinder, Kommunalpolitik – da bleibt nicht so viel Zeit, um auch auf Landesebene bekannter zu werden.“

Das wandelte sich spätestens mit ihrer Funktion als Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik. Und so klappte es 1994 sogar mit der nötigen Unterstützung für den Bundestag: Platz fünf auf der Landes-

**Irmingard Schewe-Gerigk,**  
**Bündnis 90/Die Grünen**  
**irmingard.schewe-gerigk@**  
**bundestag.de**  
**www.schewe-gerigk.de**

# Da lief was falsch

Sibylle Laurischk ist nicht nur gern Abgeordnete, sondern auch gern dort, wo das Leben stattfindet – um die Auswirkungen der Gesetze einschätzen zu können.



Sibylle Laurischk.

Der Moment, an dem Sibylle Laurischk in die Politik eintrat? Die 49-Jährige muss nicht lange überlegen: vor 19 Jahren, mit einem Baby auf dem Arm, beim Aufschlagen der Lokalzeitung. „Da läuft was falsch“, war ihr erster Gedanke, als sie erfuhr, dass in Offenburg die gynäkologisch-geburtshilfliche Abteilung des Zentralkrankenhauses geschlossen und dem katholischen Krankenhaus zugeschlagen werden sollte. Noch weniger Wahlfreiheit für Frauen, die der Kirche nicht nahe stehen? Und das nach den harten Auseinandersetzungen um den Paragraphen 218? Für die junge Mutter Anlass, selbst aktiv zu werden. Binnen kurzem waren 20.000 Unterschriften gesammelt. Die Erfahrungen mit einer spontan entstandenen Bürgerinitiative, der (ergebnislose) Besuch beim Sozialministerium, die weiteren Krankenhausentwicklungen in den Schwarzwaldtälern – immer mehr näherte sich Sibylle Laurischk der Kommunalpolitik an. Zunächst auf der Wahlliste der FDP, ohne noch selbst Mitglied zu sein, dann nach dem herausragenden Ereignis der deutschen Wiedervereinigung auch in der Partei Hans-Dietrich Genschers.

Stets wiederholte es sich für sie in den Neunzigerjahren: die erste Frau der FDP im Stadtrat jener Region, die erste Frau der FDP in diesem und in jenem Gremium. Und seit 1999 auch die erste Frau der FDP als Fraktionschefin. Sicherlich hatte sie durch ihre inzwischen drei Kinder einen persönlichen Zugang zu familiennahen Anliegen, etwa zu Kindergärten, Spielplätzen, öffentlichem Nahverkehr, aber ansonsten hat sie sich „vom Thema Frau nicht sonderlich beeindruckt lassen“.

*„Frauen im Bundestag – das kann noch besser werden. Da gibt es nach wie vor sehr stark männerbesetzte Felder. Das ist für mich aber nichts Neues, das verdrießt mich nicht. Im Gegenteil, ich habe mich daran gewöhnt, damit umzugehen.“*

Als Anwältin trat sie wie selbstverständlich in vormaligen typischen Männerbastionen auf und behauptete sich. Schließlich rutschte sie über ein lokales Denkmalschutzprojekt von nationaler Bedeutung auch „in die bundespolitische Schiene“, versuchte es spontan, bei der Aufstellung einen designierten Kandidaten aus dem „old boys network“ beiseite zu schieben, war von dem erfolgreichen Ergebnis selbst „kolossal überrascht“, arbeitete sich in zwei Anläufen vom zwölften zum sechsten Landeslistenplatz vor – und zog 2002 in den Bundestag ein.

Am Anfang ging es ihr wie allen Neulingen, gleich ob Frau oder Mann:

sich in den Abläufen zurechtfinden, lernen, wie sich die Fraktion aufstellt. Für sie war alles neu. Sie hatte zuvor nie reingerochen – kam auch entsprechend unbefangen in ihre Facharbeit im Rechtsausschuss. Zwar verfügt sie inzwischen auch über Rückhalt in einem Frauennetzwerk als Vizevorsitzende der Liberalen Frauen in Baden-Württemberg. Wichtiger für ihre politischen Aufgaben in Berlin ist ihr jedoch der Kontakt zur Lebenswirklichkeit: über ihre Kinder, über ihren Beruf, über ihre kommunalpolitische Tätigkeit. „Es wird oft unterschätzt, wie wertvoll gerade diese Erfahrungen sind, um die Auswirkungen der Gesetze einschätzen zu können.“

Sibylle Laurischk ist inzwischen allein erziehende Mutter. „Das geht“, unterstreicht sie. Es sei eine Frage des Wollens und der Grundsituation der Kinder. Wenn es sich um gesunde, stabile, intelligente junge Menschen handele, die es gewohnt seien, selbstständig zu leben, lasse sich Mandat und Mutterschaft mit Unterstützung von Haushaltshilfen gut organisieren. Deshalb ist Laurischk nicht nur gern Abgeordnete, sondern auch „gern dort, wo das Leben stattfindet“.

**Sibylle Laurischk, FDP**  
[sibylle.laurischk@bundestag.de](mailto:sibylle.laurischk@bundestag.de)  
[www.laurischk.de](http://www.laurischk.de)

# Geschichte: Ein langer Weg



1848

## Frauenbewegung

Die Revolution von 1848 spricht auch die Frauen an, die auf zwei Wegen für Mündigkeit der Frauen eintreten. Sozialistisch-proletarisch als Teil der Arbeiterbewegung, bürgerlich zum Beispiel ab 1865 im Allgemeinen Deutschen Frauenverein mit der Vorsitzenden Louise Otto-Peters. Forderungen richten sich unter anderem auf Industrie- und Handelsschulen für Mädchen, Schutz von Arbeiterinnen, gleiche Löhne. Ab 1908 können Frauen Parteien und Gewerkschaften beitreten.



1918

## Wahlrecht

Mit wilden Aktionen machen im 19. Jahrhundert Sufragetten auf das fehlende Wahlrecht für Frauen aufmerksam. Gleiches wollen viele deutsche Frauen, die sich 1902 unter anderem im „Deutschen Verein für Frauenstimmrecht“ organisieren. Die Weimarer Republik erteilt 1918 das volle Recht: 17 Millionen Frauen dürfen erstmals wählen, 310 Kandidatinnen treten an, 41 werden Abgeordnete im Reichstag (9,6 Prozent). Frankreichs Frauen dürfen ab 1944 wählen, der Kanton Appenzell folgt erst 1990.



1968

## Frauenprotest

In der Folge der 68er Studentenrevolte und der sexuellen Revolution entsteht eine feministische Bewegung. Zu Beginn der Siebzigerjahre gehen Frauen auf die Straße, bekennen öffentlich: „Wir haben abgetrieben“ und skandieren: „Mein Bauch gehört mir“. Lebhaft diskutiert wird der Abtreibungsparagraf 218 – das Volk bewegen die Hearings im Bundestag 1972, die Beratungen und Beschlüsse 1974, die von Bundesrat und Verfassungsgericht gestoppt werden. Neuer Kompromiss: 1992.

# zur Gleichberechtigung



1972



## Bundestagspräsidentin

1972 wurde die SPD-Politikerin Annemarie Renger als erste Frau in der Geschichte der Bundesrepublik für vier Jahre zur Bundestagspräsidentin gewählt. Die zweite Frau in diesem Amt war ab 1988 die CDU-Politikerin Rita Süssmuth. 1990 und 1994 wurde sie mit jeweils steigendem Rückhalt wiedergewählt und erst 1998 von der rot-grünen Mehrheit abgelöst. Einen Schwerpunkt auf Gleichberechtigung der Frauen legte sie bereits ab 1985 als Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit.

1994



## Grundgesetz

1994 bekommt der Grundsatz in Artikel 3 der deutschen Verfassung („Männer und Frauen sind gleichberechtigt“) den Zusatz: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Präzisiert wird das im gleichen Jahr im Gleichberechtigungsgesetz mit Vorgaben zur Frauenförderung insbesondere im öffentlichen Dienst und gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.

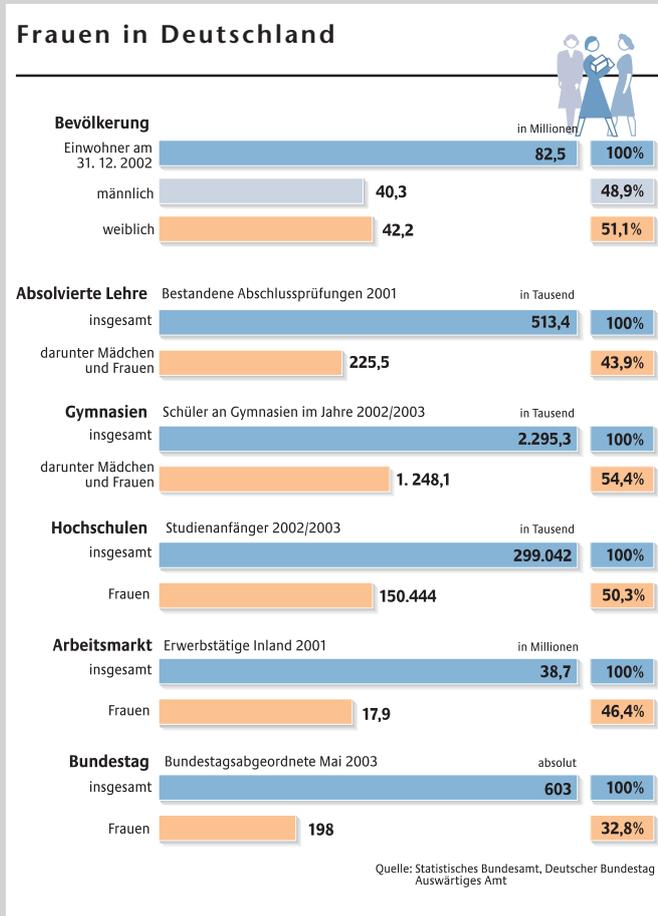
1999



## Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming (wörtlich: „Geschlechter-Hauptströmung“) bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen. Die Querschnittsaufgabe wurde 1999 „durchgängiges Leitprinzip“ der Bundesregierung. [www.gender-mainstreaming.net](http://www.gender-mainstreaming.net)

# Infos zum Thema



## Frauen in der Politik

Frauen haben in Deutschland seit 1919 das aktive und passive Wahlrecht. Um ihre Position in der Politik zu stärken, haben die Parteien den Frauenanteil in den Führungsgremien durch Quoten oder freiwillige Verpflichtungen erhöht. Im Bundestag ist der Frauenanteil von 8,4 Prozent im Jahr 1980 auf 32,8 Prozent gestiegen. Zudem werden sechs der 13 Bundesministerien von Frauen geleitet. Den Landesregierungen gehören rund 40 Ministerinnen an.

## Frauen im Beruf

46,4 Prozent der insgesamt 38,7 Millionen Erwerbstätigen sind Frauen. Viele Frauen sind durch Familie und Beruf doppelt belastet. Teilzeitarbeit und Erziehungszeiten wirken sich auf ihre Aufstiegschancen aus. Im Jahr 2000 war nur knapp ein Drittel der Führungskräfte in Wirtschaft und Verwaltung weiblich. In kleinen und mittleren Unternehmen lag der Frauenanteil an den Führungskräften bei 20 Prozent. Das Durchschnittseinkommen berufstätiger Frauen liegt deutlich unter dem von Männern. Im Jahr 2002 verdiente beispielsweise die weiblichen vollzeitbeschäftigten Angestellten in der Privatwirtschaft rund 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. In den neuen Ländern kamen Frauen immerhin auf 94 Prozent des Einkommens der Männer.



Gender Mainstreaming  
 Informationsportal der Bundesregierung  
[www.gender-mainstreaming.net](http://www.gender-mainstreaming.net)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

Deutscher Frauenrat  
[www.frauenrat.de](http://www.frauenrat.de)  
 Der Deutsche Frauenrat ist eine Bundesvereinigung von 57 Verbänden und Netzwerken. Er vertritt elf Millionen Einzelmitglieder.



# Ab und zu den alten Bismarck besuchen



**Rosemarie Willner arbeitet im Deutschen Dom,  
blickt auf den Gendarmenmarkt und ist umgeben  
von Geschichte und Geschichten.  
Ein toller Job ist das.**



Wie er so dasteht, hat er es ihr schon ein bisschen angetan. Zerschlagen der Lindwurm der Zwietracht und Germania schaut – ein wenig schüchtern fast – auf den Mann, dem dies gelungen ist. Man kann ja über ihn und seine politischen Vorstellungen streiten, aber hier ist er eine wirklich imposante Erscheinung, einmalig in dieser Ausführung und bestens gelungen. Für Rosemarie Willner jedenfalls, Sachbearbeiterin im Referat Historische Ausstellung und Sonderprojekte, PI 5, gehört er zu den liebsten Ausstellungsstücken. Wenn sie Zeit hat, einen kleinen Rundgang durch die Bundestagsausstellung „Wege, Irrwege, Umwege – Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ im Deutschen Dom zu machen, geht sie immer auch zu dem fast lebensgroßen Gipsmodell einer Bismarck-Plastik. Aber es sieht aus wie Bronze.

Rosemarie Willner, Ur-Berlinerin, Jahrgang 44 und Tochter eines Schneidermeisters aus Heiligensee, gelernte Stenokontoristin, eine freundliche und offene Frau mit vier erwachsenen Kindern, fing 1983 bei den „Fragen an die Deutsche Geschichte“ ihr Berufsleben im Bundestag an. Inzwischen sind es also schon fast 21 Jahre, und aus der Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“, die 23 Jahre

lang im Reichstagsgebäude untergebracht war, ist die Frage nach den Wegen, Irrwegen und Umwegen des deutschen Parlamentarismus geworden.

Als Sachbearbeiterin kümmert sich Rosemarie Willner um all die Dinge, die in einem Ausstellungsbüro getan werden müssen: Finanzen verwalten, Ausschreibungen organisieren, Fremdfirmen beauftragen und deren Arbeit kontrollieren, Anmeldungen von Besuchergruppen koordinieren, Kontakte pflegen und halten. In der Wirtschaft nennt man das Qualitätsmanagement und Controlling. Die Verwaltung des Bundestages neigt zu pragmatischen Beschreibungen. Auf die Bezeichnung kommt es Rosemarie Willner auch nicht an. Sie will, dass es gut und bestens läuft.

Als sie sich vor 21 Jahren beim Leiter der Historischen Ausstellung als Mitarbeiterin bewarb, war sie voller Zielstrebigkeit. Sie wollte diese Arbeit und hat sich beim Bewerbungsgespräch auch nicht davon abschrecken lassen, dass die zahlreichen Mitbewerberinnen jünger waren und weniger oder gar keine Kinder hatten. Rosemarie Willner hatte zuvor in einem mittelständischen Unternehmen als Stenokontoristin gearbeitet, sie wusste, wie man ein Büro organisiert, Finanzen verwaltet und immer den

Überblick behält. Sie war zwar älter als die Konkurrentinnen, aber sie hatte auch mehr Erfahrung.

Heute ist das Schöne für Rosemarie Willner, dass Arbeitsinhalt und Arbeitsort eine beeindruckende und auf jeden Fall einmalige Symbiose bilden. Vom Fenster ihres Büros aus, kann sie über den Gendarmenmarkt schauen, links das Schauspielhaus, gegenüber der Französische Dom, das architektonische Pendant zum Deutschen Dom. An der Wand hinter ihrem Schreibtisch ist eine verkleinerte Kopie des in der Ausstellung zu sehenden Ölgemäldes „Kanzler Bülow spricht“ aus dem Jahre 1902 zu sehen. „Ist Ihnen schon mal aufgefallen“, sagt Frau Willner, „dass es auf diesem Bild nicht einen einzigen Mann ohne Bart gibt?“ Nein, ist es nicht. Aufgefallen war lediglich, dass nur Männer zu sehen sind. Und das schien ganz und gar typisch für die Anfänge des deutschen Parlamentarismus. Frauen dienten da höchstens als Allegorie.

Und aufgefallen war auf jeden Fall, dass ein solches Büro mit einem solchen Ausblick spektakuläre Möglichkeiten eröffnet. Und wirklich, Rosemarie Willner schwärmt vom Open Air mit der Sopranistin Montserrat Caballé und telefoniert nur wenige Minuten später mit jemandem, der auf der Suche nach Strom ist, um die Vorfahrt der Gäste, die im Schauspielhaus bei der Verleihung der „Goldenen Kamera“ dabei sein werden, bestens ausleuchten zu können. Nun, mit Strom wird Rosemarie Willner diesmal nicht dienen können, die Veranstaltung beginnt zu spät, da ist der Dom längst geschlossen. Aber hin und wieder genießt sie zu späterer Stunde von ihrem Bürofenster aus, was unten geboten wird. Dann schätzt sie sich



einmal mehr glücklich. Mit dieser Arbeit und mit all dem, was damit verbunden ist.

Im April 2002 öffnete die neu gestaltete Ausstellung im Dom auf dem Gendarmenmarkt, dem schönsten Platz Berlins, wie viele sagen, ihre Pforten. Seitdem besuchten sie rund 440.000 Menschen. Der Raum und die Art der Präsentation bewirken, dass viele von ihnen sehr begeistert von dieser Ausstellung sind. Aber noch viel mehr müssten kommen, meint Rosemarie Willner, die ein wenig verwöhnt ist von den Besucherzahlen, die man bei der Ausstellung im Reichstagsgebäude hatte: Zwölf Millionen in 23 Jahren, das kann sich hören lassen. Heute bietet die Stadt, die nicht mehr geteilt und wieder Hauptstadt ist, eine solche Fülle an kulturellen Angeboten, dass es nicht mehr einfach ist, auf sich aufmerksam zu machen und zum Besuchermagneten zu werden. Doch zum Glück, sagt auch Rosemarie Willner, ist die Ausstellung im Dom mehr als ein trockenes Lehrstück – sie erzählt viel Geschichte und manche Geschichten.

Das tut sie, die Sachbearbeiterin, im Übrigen auch. Vom Reichstagsgebäude aus hatte sie, noch im Frühjahr 1989, die letzten Flüchtlinge durch die Spree schwimmen sehen. Durch die eisige Kälte seien sie ans Westufer gekommen, einer noch in letzter Sekunde abgefangen von DDR-Grenzen und erst Monate später, nach Protesten und Verhandlungen, in den Westen entlassen. Das war nur wenige Monate, bevor die Mauer fiel und die Spree nur noch ein Fluss war und keine Grenze mehr.

Und beim Geschichtenerzählen kommt man irgendwann auch auf die Kindheitsjahre in Heiligensee zu sprechen, in denen Rosemarie Willner oft



ihrem Vater bei der Arbeit half. Noch heute könne sie perfekt Knopflöcher nähen. Mit der Hand natürlich. „Wir hatten mal einen Kunden“, berichtet sie lachend, „der war so dick, dass ich beim Maßnehmen immer dabei sein musste. Ich hielt das Maßband und mein Vater lief, das andere Ende in der Hand haltend, um den Bauch des Mannes herum.“

Später, als sie allein stehende Mutter mit vier Kindern war, half die Fertigkeit, Sachen selbst nähen zu können, natürlich viel weiter. Vor allem in jenen Zeiten, da die Hosen einen ganz weiten Schlag haben mussten und aus den Kindern bereits Jugendliche mit modischen Ansprüchen geworden waren. Aus den Kindern sind Leute geworden und nähen muss Rosemarie Willner nicht mehr. Zum Glück, wie sie meint, denn es gibt wohl spannendere Beschäftigungen. Und andere Herausforderungen. In den vielen Jahren ihrer Arbeit beim Bundestag hat Rosemarie Willner immer dazugelernt. Die Ansprüche sind gestiegen, die Herausforderungen sowieso und auf der Stelle treten behagte der heute 59-jährigen nicht. Wie oft sie inzwischen durch die Ausstellung im Deut-

schen Dom gelaufen ist, kann sie nicht mehr sagen. Es gibt Lieblingsräume und Lieblingsstücke und es hat seinen besonderen Reiz, durch die Räume und Etagen des Domes zu laufen, wenn die Ausstellung geschlossen und somit menschenleer ist.

Nicht weit entfernt vom martialisch dreinblickenden Bismarck sind in einer Vitrine allegorische Darstellungen aus dem alten Reichstagsgebäude ausgestellt: der Ruhm und die Macht, die Mäßigung und die Wohltätigkeit. „Sind die nicht schön“, sagt Rosemarie Willner und lächelt. Natürlich sind sie das. Und sie erzählen auf jeden Fall eine Geschichte.

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier

### **Ausstellung: „Wege, Irrwege, Umwege – Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“**

Ort: Deutscher Dom am Gendarmenmarkt 1, 10117 Berlin-Mitte.  
Öffnungszeiten: Di. von 10 bis 22 Uhr, Mi.-So. und an den Feiertagen 10 bis 18 Uhr, in den Monaten Juni, Juli, August von 10 bis 19 Uhr.  
Eintritt frei.  
Führungen: Tel.: (030) 22 73 04 31





## Forum: Steuern

# Viele Wege zur Reform

	FDP	Paul Kirchhof
<b>Tarif</b>	Stufentarif: für Einkommensteile bis 15.000 Euro (oberhalb des Grundfreibetrags) 15 Prozent; für Einkommensteile von 15.001 bis 40.000 Euro 25 Prozent; für darüber liegende Einkommensteile 35 Prozent.	Linearer Steuertarif von 25 Prozent. Von den ersten 5.000 Euro oberhalb des Grundfreibetrags werden nur 60 Prozent besteuert, von den nächsten 5.000 Euro werden 80 Prozent besteuert.
<b>Existenzminimum</b>	Grundfreibetrag 7.700 Euro.	Grundfreibetrag 8.000 Euro.
<b>Ehegatten</b>	Verdoppelung der Einkommensgrenzen, ab denen der nächst höhere Steuersatz einsetzt.	Grundfreibetrag und die nur anteilig besteuerten Einkommensteile können auf den Ehegatten übertragen werden.
<b>Kinder</b>	Kindergeld von etwa 224,58 Euro monatlich oder Grundfreibetrag von 7.700 Euro, falls günstiger (wird vom Finanzamt geprüft).	Kindergeld von 250 Euro monatlich.
<b>Einkunftsarten</b>	Wegfall der sieben Einkunftsarten; besteuert werden „Einnahmen aus wirtschaftlicher Betätigung“.	Wegfall der sieben Einkunftsarten; besteuert werden „Einkünfte aus Erwerbshandeln“.
<b>Steuerfreie Einnahmen</b>	Sozialleistungen, Erbschaften und Schenkungen, Spielgewinne.	Gemeinnützige steuerjuristische Personen und die Deutsche Bundesbank.
<b>Abzugsfähige Ausgaben</b>	Alle Ausgaben, die mit den Einnahmen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, sind abzugsfähig, soweit nicht durch Rechtsvorschrift ausdrücklich ausgeschlossen. Gemischt (das heißt privat und beruflich) veranlasste Kosten sind aufzuteilen. Nicht abzugsfähig sind Aufwendungen für den Unterhalt und die Lebensführung, Aufwendungen für Arbeitszimmer, für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, freiwillige Zuwendungen an andere Personen, Geldstrafen.	Abzugsfähig sind alle Ausgaben, die durch das Erwerbshandeln veranlasst sind. Gemischt veranlasste Kosten sind nicht abzugsfähig. Kosten für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte und das Arbeitszimmer sind Kosten der privaten Lebensführung und daher nicht abziehbar.
<b>Werbungskostenpauschale</b>	Arbeitnehmer erhalten eine Werbungskostenpauschale von 2 Prozent der steuerpflichtigen Einnahmen, mindestens angesetzt werden können 200 Euro, höchstens 5.000 Euro. Weitere Ausgaben sind nicht abziehbar.	Natürliche Personen erhalten einen Pauschbetrag von 2.000 Euro pro Jahr für ihre Erwerbsausgaben.
<b>Sonderausgaben</b>	Abzugsfähig sind Beiträge zur Altersvorsorge, begrenzt auf die Höchstbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung; Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Unfall-, Berufsunfähigkeitsversicherung, begrenzt auf 18 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung; Kirchensteuern und vergleichbare Beiträge; Spenden für gemeinnützige Zwecke (begrenzt); Mitgliedsbeiträge und Spenden an politische Parteien (begrenzt).	Beiträge zur gesetzlichen und privaten Rentenversicherung; keine weiteren Abzugsbeträge.
<b>Besteuerung von Alterseinkünften</b>	Nachgelagerte Besteuerung: Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung oder sonstige Altersvorsorgebeiträge werden steuerfrei gestellt, die Alterseinkünfte sind zu versteuern.	Nachgelagerte Besteuerung: Beiträge zur gesetzlichen oder privaten Rentenversicherung werden steuerfrei gestellt, die Alterseinkünfte sind zu versteuern.
<b>Kapitaleinkünfte</b>	Abgeltungsteuer von 25 Prozent; Beibehaltung des Bankgeheimnisses; Wegfall des Sparerfreibetrags.	Abgeltungsteuer, Aufhebung des Bankgeheimnisses; Wegfall des Sparerfreibetrags.
<b>Dividenden</b>	Steuerfrei, falls die Kapitalgesellschaft die Abführung von 35 Prozent Steuern bescheinigt. Der Anteilseigner mit einem niedrigeren Durchschnittsteuersatz kann die abgeführte Steuer auf seine persönliche Steuerschuld anrechnen.	Steuerfrei.

**Das Steuersystem in Deutschland muss reformiert werden. Darüber sind sich die Parteien im Bundestag einig. Die Frage ist nur wie. Schon beim Steuertarif gehen die Meinungen auseinander. Debattiert wird zudem über den Abbau von Steuervergünstigungen und über die Frage, inwieweit die Reform den Bürger entlasten sollte. BLICKPUNKT BUNDESTAG hat die Bundestagsfraktionen um Stellungnahmen gebeten.**

Friedrich Merz, Bundesvorstand CDU	CSU
Stufentarif: zwölf Prozent bis 16.000 Euro (oberhalb des Grundfreibetrags), 24 Prozent für Einkommensteile bis 36.000 Euro, 36 Prozent für darüber liegende Einkommensteile; Tarif wird alle zwei Jahre an die Preissteigerung angepasst.	Linear-progressiver Tarif wird beibehalten. Eingangsteuersatz 13 Prozent (ab 8.000 Euro), Spitzensteuersatz 39 Prozent (ab 52.500 Euro).
Grundfreibetrag 8.000 Euro.	Grundfreibetrag 8.000 Euro.
Ehegattensplitting bleibt.	Ehegattensplitting bleibt.
Kindergeld (Höhe unklar) oder Grundfreibetrag von 8.000 Euro.	Kindergeld (wie bisher 154 Euro) oder Grundfreibetrag von 8.000 Euro.
Reduzierung von sieben auf vier Einkunftsarten.	Reduzierung von sieben auf vier Einkunftsarten.
Steuerbefreiungen, Freibeträge, Abzugsbeträge und Ermäßigungen werden aufgehoben.	Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit wird innerhalb von fünf Jahren abgebaut.
Die Entfernungspauschale entfällt. Kosten für Arbeitszimmer oder Bewirtung sind nicht mehr abzugsfähig.	Entfernungspauschale wird auf 0,25 Euro pro Kilometer abgesenkt.
Arbeitnehmerpauschale von 1.000 Euro.	Arbeitnehmerpauschale von 840 Euro.
Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen werden zusammengefasst und reduziert; Spendenabzug zur Förderung der Freizeitgestaltung entfällt. Spenden an gemeinnützige Organisationen einschließlich politischer Parteien bleiben abzugsfähig, ebenso die Kirchensteuer.	Höchstbetrag für Spendenabzug wird auf einheitlich zehn Prozent begrenzt. Abzugsfähig sind Beiträge zur Altersvorsorge.
Nachgelagerte Besteuerung der Ausgaben für die Altersvorsorge (Leibrenten) sind abzugsfähig.	Nachgelagerte Besteuerung.
Zinsabschlagsteuer; Sparerfreibetrag entfällt; Wegfall des Bankgeheimnisses.	Abgeltungsteuer von 25 Prozent, Sparerfreibetrag wird auf 300 Euro reduziert.
Besteuerung mit individuellem Steuersatz. Vorbelastung auf Dividenden wird bei natürlichen Personen als Anteilseigner auf die Einkommensteuer im vereinfachten Anrechnungsverfahren angerechnet.	Ausweitung der Abgeltungsteuer auf Dividenden angedacht.

**Anmerkung: SPD und Grüne haben bisher kein eigenes Steuerkonzept vorgelegt. Die rot-grüne Koalition verweist auf die Steuersenkungen, die für 2005 bereits im Gesetz stehen. Danach sinkt der Eingangsteuersatz von 16 auf 15 Prozent (ab 7.664 Euro), der Spitzensteuersatz von 45 auf 42 Prozent (ab 52.151 Euro). Der Grundfreibetrag bleibt bei 7.664 Euro. Außerdem arbeitet Finanzminister Hans Eichel (SPD) gegenwärtig an einer Neuregelung der Kapitalertragsbesteuerung. Details sind noch nicht bekannt.**



**W**enn es um die Beschreibung des deutschen Steuersystems geht, bemüht der frühere Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof gern das Tierreich: Der Staat verhalte sich wie ein Mückenschwarm. An jeder Ecke lauerten Mücken, um den Steuerpflichtigen Blut abzuzapfen. Bürger und Unternehmen wichen daher ständig aus und machten die unsinnigsten Umwege, um den Stichen zu entgehen. „Statt sich auf ihr wirtschaftliches Fortkommen zu konzentrieren, sind die Bürger permanent damit beschäftigt, die Mücken zu verscheuchen.“ Einige habe bereits – wegen der zahlreichen Stiche – lähmendes Entsetzen ergriffen.

Deutschland hält tatsächlich einen zweifelhaften Rekord: Rund zwei Drittel der weltweit publizierten Steuerliteratur beschäftigt sich mit dem deutschen Steuerrecht. Insgesamt gibt es mehr als 125 Steuergesetze mit Tausenden Paragrafen. Hinzu kommen fast 100.000 Durchführungsbestim-

mungen und mindestens 5.000 Schreiben des Bundesfinanzministeriums zur konkreten Auslegung der Gesetze. Jährlich ändert der Gesetzgeber Dutzende Paragrafen, die dadurch aber häufig nicht einfacher, sondern sogar komplizierter werden. Allein zur Erhebung der bundesweit einheitlichen Steuern sind mittlerweile 185 verschiedene Steuerformulare im Umlauf.

Kein Wunder, dass viele Bürger das Steuerrecht als kompliziert, undurchschaubar und daher ungerecht empfinden. Darin werden sie von zahlreichen Steuerexperten unterstützt. „Die bewährten ursprünglichen Grundsätze unseres Steuerrechts sind zunehmend verfremdet worden“, sagt zum Beispiel Verfassungsrechtler Paul Kirchhof, dessen Arbeit sowohl von SPD als auch von CDU oder CSU geführten Bundesländern unterstützt wird. Kirchhof hält das deutsche System sogar für leistungsfeindlich. Um das zu ändern, sei ein „geistiges Atemholen notwendig“.



## Solide finanziertes Konzept

Joachim Poß, SPD



joachim.poss@bundestag.de  
www.joachim-poss.de

Seit Neujahr vergeht kaum ein Tag, an dem in den Medien nicht über eine „große Steuerreform“ geschrieben oder gesprochen wird. Die große Steuerreform der Koalition mit einem Entlastungsvolumen von rund 60 Milliarden Euro steht bereits im Gesetzblatt. Sie ist sozial ausgewogen und ihre letzte Stufe wird im nächsten Jahr wirksam werden. Das Steuerkonzept der SPD setzt auf im internationalen Vergleich hohe Grundfreibeträge, hohe Kinderfreibeträge sowie einen niedrigen Eingangs- und Spitzensteuersatz bei einem linear-progressiven Tarif. Und das Steuerkonzept der SPD hält fest am Kindergeld, das erforderlich ist, um einen sozialen Ausgleich zu schaffen, den das Steuerrecht mit seinen Freibeträgen nicht bewirken kann. Und was das Wichtigste ist, dieses Steuerkonzept ist solide finanziert.

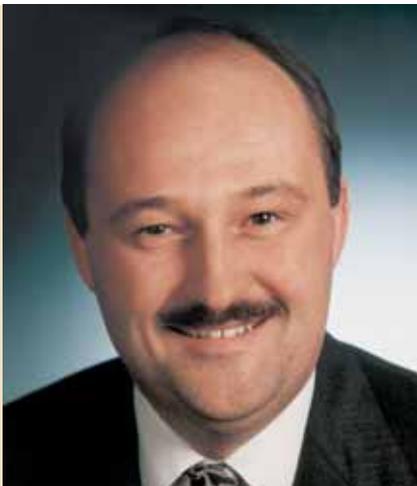
Die SPD wird sich an dem aktuellen Ankündigungswettkampf für weitere Steuerensenkungen nicht beteiligen. Weder ist das Steuerrecht für den normalen Arbeitnehmer so kompliziert, wie viele es nur mit dem Ziel behaupten, Steuerergünstigungen für Arbeitnehmer zu streichen, noch gibt es Steuerensenkungsspielräume für die öffentlichen Haushalte. Weitere Steuerentlastungen für Bürger und Unternehmen sind derzeit nicht finanzierbar.

Deutschland braucht eine Steuerstrukturdebatte mit dem Ziel, den öffentlichen Haushalten die Einnahmen zu verschaffen, die sie für ihre Aufgaben, Bildung, Forschung, soziale Sicherheit, dringend benötigen. Dazu gehört die Frage nach einer auskömmlichen Steuerquote – Deutschland hat 2003 mit 20,7 Prozent die niedrigste Quote bislang – wie natürlich auch Fragen einer Steuervereinfachung. Das heißt aber nicht nur vollständige Streichung der Pendlerpauschale, des Sparerfreibetrags oder der steuerfreien Zuschläge, sondern auch eine Steuervereinfachung bei den Gewinnermittlungsvorschriften der Unternehmen. Hier ist das Steuerrecht kompliziert und hier gibt es große steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten.



Nicht nur Kirchhof, sondern auch die im Bundestag vertretenen Parteien haben sich daher zum Ziel gesetzt, das deutsche Steuersystem deutlich zu vereinfachen. Einig ist man sich darin, dass dabei der Grundsatz „Breite Bemessungsgrundlage – niedrige Steuersätze“ gelten soll. Eine breite Bemessungsgrundlage – also der Betrag, auf den am Ende die Steuern erhoben werden – bedeutet den Abbau von Ausnahmen. Dazu gehören etwa die Pendlerpauschale, die Steuerfreiheit der Lohnzuschläge für Sonntagsarbeit, die Eigenheimzulage und eine Vielzahl von Vergünstigungen für Unternehmen.

Solche Ausnahmen tragen nach übereinstimmender Ansicht maßgeblich dazu bei, dass das Steuerrecht heute so kompliziert ist. Steuerexperten sind sie auch aus einem anderen Grund ein Dorn im Auge. Nach ihrer Ansicht sollte das Steuerrecht möglichst keinen Einfluss auf die Entscheidungen der Steuer-



## Leistung muss sich lohnen

Michael Meister, CDU/CSU

Die deutsche Volkswirtschaft stagniert seit nunmehr drei Jahren. Ein wirklicher Aufschwung ist auch 2004 nicht in Sicht: Die Wachstumserwartung der Bundesregierung liegt bei rund 1,5 Prozent, die Zahl der Unternehmensinsolvenzen wird erneut die Marke 40.000 übersteigen und die durchschnittliche Arbeitslosenrate bei über vier Millionen liegen. Wesentliche Ursache für die fehlende Belebung der deutschen Volkswirtschaft sind ausbleibende, durchgreifende Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerreformen. Nach wie vor ist insbesondere das deutsche Einkommensteuerrecht durch hohe Steuersätze und zahlreiche Ausnahmetatbestände gekennzeichnet. Hohe Steuersätze haben abschreckende Wirkung auf die Leistungs- und Investitionsbereitschaft von Arbeitnehmern und Investoren. Die zahlreichen Ausnahmetatbestände lösen Steuervermeidungsstrategien mit hohen Personal-, Beratungs- und sonstigen Begleitkosten aus.

Primäres Ziel einer Reform ist deshalb die Vereinfachung des Einkommensteuerrechts. Dazu müssen die Steuervergünstigungen endlich umfassend abgebaut und die Steuersätze gesenkt werden. Zur Vereinfachung trägt auch ein Stufentarif bei, der es jedem Bürger ermöglicht, seine Steuerlast wieder selbst zu berechnen. Niedrige Steuersätze und eine für alle gleiche Bemessungsgrundlage erhöhen die Akzeptanz der Einkommensbesteuerung und die Steuermoral. Leistung muss sich lohnen und nicht die beste Steuervermeidungsstrategie. Mit einer solchen Steuerreform wird auch das Wirtschaftswachstum stimuliert, da die Ressourcen wieder in die wirtschaftlich beste Verwendung fließen und nicht länger in die steuerlich günstigste.

Ob sich für eine solche Reform gegenwärtig die notwendigen Mehrheiten finden, ist fraglich. Es bleibt zu hoffen, dass ein Sinneswandel einsetzt. Die CDU/CSU-Fraktion hat hierzu bereits ein Konzept vorgelegt.



michael.meister@bundestag.de  
www.meister-schafft.de



zahler haben. „Bürger und Unternehmer sollen nicht mehr zu allerlei Gestaltungen verführt werden, sondern gradlinig das tun, was ihnen die ökonomische Vernunft gebietet“, erläutert Kirchhof.

Bei einem Abbau der zahlreichen Vergünstigungen würden zudem die Steuereinnahmen insgesamt steigen. Diesen Vorteil kann die Politik in Form sinkender Tarifsätze an alle Steuerzahler zurückgeben. Außerdem sorgt ein

Abbau der Ausnahmen zu einer Lichtung des Paragrafendschungels. Jeder Arbeitnehmer könnte künftig seine Steuerlast auf dem Bierdeckel ausrechnen und bräuchte für seine Steuererklärung lediglich ein Blatt Papier, wirbt beispielsweise der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Friedrich Merz für sein Konzept.

**V**orbilder gibt es bereits. Kroatien hat in den Neunzigerjahren das Modell einer „Einfachsteuer“ übernommen, entwickelt vom Heidelberger Steuerrechtler Manfred Rose. Es basiert auf demselben Grundgedanken: einfach, transparent, niedrige Steuersätze und fast keine Ausnahmen. Die Einführung des Systems hat in Kroatien die Steuerquellen sprudeln lassen. Die Wirtschaft wächst und die Bürger sind zufriedene Steuerzahler.

In Deutschland ist zwischen den Parteien vor allem umstritten, wie radikal eine Steuerreform ausgestaltet werden soll. Grundlegende Unterschiede



## Abbauen, vereinfachen, senken

Christine Scheel, Bündnis 90/Die Grünen



christine.scheel@bundestag.de  
www.christine-scheel.de

Das deutsche Steuerrecht ist in den letzten Jahrzehnten immer komplizierter geworden. Das liegt vor allem daran, dass mit zahlreichen Ausnahmeregelungen versucht wurde, Einzelfallgerechtigkeit herzustellen. Hier muss die Politik umsteuern, Ausnahmetatbestände und Subventionen streichen und im Gegenzug die Steuern senken.

Die rot-grüne Bundesregierung hat einen nachhaltigen Subventionsabbau eingeleitet und bereits deutlich niedrigere Steuersätze verwirklicht. Allein in diesem Jahr werden Familien, Arbeitnehmer und der Mittelstand um insgesamt 15 Milliarden Euro steuerlich entlastet. Ab dem Jahr 2005 sinkt der Eingangssteuersatz auf 15 Prozent und der Spitzensteuersatz auf 42 Prozent. Das bringt eine weitere Entlastung von jährlich 6,5 Milliarden Euro. Die bisherige Gleichung Subventionsabbau gleich Steuervereinfachung gleich niedrigere Steuersätze lässt sich aber nicht unendlich fortsetzen.

Steuervereinfachung für Bürgerinnen und Bürger bedeutet in erster Linie, dass sie sich dem Formularwust der Behörden nicht hilflos ausgeliefert fühlen und das Gefühl haben, alle anderen sind schlauer und wissen mehr Steuerumgebungsmöglichkeiten in die Tat umzusetzen. Deshalb ist es notwendig, beim täglichen Umgang mit den Steuervorschriften Vereinfachung zu schaffen. Auch muss bei der Abschaffung von Steuersubventionen und Sonderregelungen darauf geachtet werden, dass dadurch nicht noch mehr Bürokratie- und Kontrollaufwand geschaffen wird. Die finanziellen Spielräume durch den sinnvollen Abbau von Steuervergünstigungen sollten deshalb vor allem genutzt werden, um den Grundfreibetrag anzuheben und um einfache und umfassende Pauschalen für alle Steuerbürger zu schaffen. Eine weitere steuerliche Nettoentlastung lässt die Lage der öffentlichen Haushalte aber in absehbarer Zeit nicht zu.



gibt es beispielsweise beim Steuertarif. So wollen SPD und CSU an dem bestehenden linear-progressiven Tarif festhalten. Dieser besteht in der Regel aus einem bestimmten Betrag, der gar nicht versteuert wird (Grundfreibetrag). Danach greift der so genannte Eingangsteuersatz. Anschließend steigt der Steuersatz kontinuierlich mit dem Einkommen, bis schließlich ab einer bestimmten Grenze der Spitzensteuersatz erreicht wird. Für Einkommensteile über dieser Grenze gilt dann stets dieser Satz. Befürworter argumentieren, dieses Modell sei sehr gerecht, weil es das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit sehr gut nachbilde: Wer mehr verdiene, könne auch einen größeren Teil des Einkommens abgeben. Kritisiert wird aber, dass sich die Steuerbelastung nicht einfach per Hand ausrechnen lässt. Entweder sind Computerprogramme oder umfangreiche Steuertabellen nötig. FDP und CDU wollen dagegen einen Stufentarif einführen.

Hierbei existiert ebenfalls der Grundfreibetrag. Anschließend folgen aber mehrere Stufen mit jeweils gleich bleibenden Steuersätzen. Beispiel: Nach dem FDP-Vorschlag beträgt der Grundfreibetrag 7.500 Euro. Einkommensteile zwischen 7.501 und 15.000 Euro werden mit 15 Prozent versteuert, zwischen 15.001 und 40.000 Euro werden 25 Prozent fällig und darüber 35 Prozent. Befürworter machen geltend, dieser Tarif sei einfach nachvollziehbar und lasse sich daher von jedem Steuerzahler leicht ausrechnen. Gegner argumentieren jedoch mit hohen Steuerausfällen, die dieser Tarifverlauf verursache. Am radikalsten geht im Übrigen Kirchhof selbst vor. Er schlägt grundsätzlich nur noch einen einzigen Steuersatz vor, was von allen Parteien jedoch abgelehnt wird.

Gestritten wird auch über die Frage, wie stark die Steuersubventionen, also die Ausnahmen, tatsächlich abgebaut werden und ob eine umfassende Steuerreform mit einer Senkung

der Steuerlast verbunden werden soll. Letzteres wird vor allem von der Bundesregierung abgelehnt. Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD), der bisher kein neues Steuerkonzept vorgelegt hat und auf die bereits im Gesetz stehende Steuerreformstufe 2005 verweist, begründet die Zurückhaltung mit der angespannten Haushaltslage bei Bund und Ländern. CDU/CSU, FDP und der Steuerexperte Paul Kirchhof sehen dagegen einen Spielraum für eine Entlastung von Bürgern und Unternehmen in zweistelliger Milliardenhöhe.

Ob es bereits in diesem Jahr zu einer umfassenden Reform kommt, ist offen. Bedingung wäre schließlich eine Einigung von Regierung und Opposition. Denn die entsprechenden Steuergesetze sind im Bundesrat zustimmungspflichtig. Und dort haben derzeit die Bundesländer mit CDU- oder CSU-Regierung eine Mehrheit.

Timot Szent-Ivanyi



## Einfach, niedrig und gerecht

Hermann Otto Solms, FDP

Das deutsche Einkommensteuerrecht ist nicht mehr reformierbar. Die Grenze der Belastbarkeit bei Bürgern und Unternehmen durch unverständliche Regelungen, kaum noch nachzuvollziehende Rechtsänderungen und zu hohe Steuersätze ist längst überschritten. Deshalb braucht Deutschland ein vollkommen neues Steuerrecht: einfach, niedrig und gerecht.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der diesen Anforderungen gerecht wird. Das Steuerrecht wird grundlegend vereinfacht. Steuerbefreiungen, Ausnahmeregelungen und Lenkungsnormen werden konsequent beseitigt. Aus Gründen der Vereinfachung entfällt die bisherige Unterscheidung nach sieben Einkunftsarten. Die Gewerbesteuer kann dann endlich abgeschafft werden. Im Gegenzug werden die Steuertarife drastisch gesenkt. Trotz weniger Möglichkeiten zur Steuergestaltung werden die Bürger erheblich niedrigere Steuern zahlen, wobei Familien mit Kindern in besonderem Maße entlastet werden. Als weiterer Beitrag zur Steuervereinfachung soll statt des komplizierten Formeltarifs zukünftig ein transparenter Stufentarif allen Bürgern erlauben, ihre Steuerbelastung selbst auszurechnen.

Nur durch eine solche grundlegende Neugestaltung wird Deutschland in unserer globalisierten Welt bestehen können. Die Politiker aller Parteien müssen endlich begreifen, dass die Bedingungen in Deutschland – und das gilt in besonderem Maße für das Steuerrecht – in einem weltweiten Wettbewerb bestehen müssen. Wir haben keine Wahl: Reagiert nicht die Politik, reagieren die Bürger und Unternehmen. Sie weichen in Schwarzarbeit, Kapitalflucht und Investitionsverlagerung aus.



hermann.solms@bundestag.de  
www.hermann-otto-solms.de



Bildungsoffensive

# Elite oder

Mit ihrer Innovationsoffensive und dem Ruf nach Eliteuniversitäten hat die SPD eine neue bildungs- und forschungspolitische Debatte ausgelöst. Keine Frage: Deutschland muss besser werden – aber heißt es künftig nur noch: Elite oder Niete? Darüber führte BLICKPUNKT BUNDESTAG ein Streitgespräch mit dem bildungs- und forschungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Jörg Tauss und mit Thomas Rachel, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Forschung und Bildung.

**Blickpunkt:** Herr Tauss, Ihre SPD war bislang nicht gerade ein Freund von Eliten. Warum jetzt der Ruf nach Eliteuniversitäten und Spitzenausbildung?

**Jörg Tauss:** Wir haben nie etwas gegen Spitze und Exzellenz gehabt. Allerdings muss man den Begriff Elite hinterfragen: Wodurch rechtfertigt sich Elite? Ist es die Elite, die aus Papas Geldbeutel resultiert? Damit hätte ich weiterhin ein Problem. Deshalb rede ich lieber von Spitze und Exzellenz.

**Thomas Rachel:** Keine Frage: Wir brauchen Eliten, und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen, in der Wirtschaft, im Sport, im kulturellen

Bereich und natürlich auch in der Wissenschaft. Elite heißt für uns Christdemokraten eindeutig Leistungselite. Das sind Menschen, die Erstklassiges leisten und deshalb auch besonders gefördert werden müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu verbessern.

**Blickpunkt:** Ist der Ruf nach einer neuen Bildungselite nicht unglaublich, solange sich die Politik gegenüber den Universitäten eher stiefmütterlich verhält: marode Gebäude, überfüllte Hörsäle, zu wenig Professoren?

**Tauss:** Also bitte nicht alles schlecht reden. Bund und Länder haben in den letzten Jahren Erhebliches geleistet für

die Universitäten. Aber richtig ist, dass wir uns jetzt nicht um die Spitze kümmern dürfen und dabei die Breite vernachlässigen. Es ist wie im Fußball: Aus der Breite erwächst die Spitze. Und die brauchen wir angesichts der internationalen Konkurrenz. Wenn wir sie nicht selbst bekommen, müssen wir sie im Ausland einkaufen. Aber das dürfen wir nicht, weil das Ausländergesetz dagegen steht. Also: Es besteht Handlungsbedarf.

**Blickpunkt:** Nochmals nachgefragt: Was sagt man Studenten, die heute unter schwierigen Bedingungen studieren müssen, wenn plötzlich Geld für Eliteuniversitäten da ist?



# Niete?

# O G

**Rachel:** Dass die SPD-Vorschläge keine Substanz haben und wenig durchdacht sind. Wir brauchen strukturelle Reformen in der Breite und keine einzelnen Eliteuniversitäten. Die ganze Debatte erscheint mir eine Plazebodiskussion zu sein. Jahrzehntlang hat die SPD Leistung verteuert; wenn sie jetzt plötzlich für Elite ist, will sie nur von ihren Versäumnissen ablenken.

**Tauss:** Was Herr Rachel da sagt, ist falsch und unsinnig. Zumal die CDU vieles von dem, was wir an Reformen initiiert haben, bis hin zur Besoldungs- und Dienstrechtreform, in den von ihr regierten Ländern schlicht nicht umsetzt. Da liegt das Problem. Es kann nicht sein, dass der Bund immer mehr Geld in Bildung und Forschung investiert und die Länder das dann konterkarieren.

**Blickpunkt:** Macht, wer Elite fordert, den dritten Schritt vor dem ersten?

Bräuchten wir nicht vorrangig bessere Kindergärten, Schulen, ein schnelleres Abitur?

**Tauss:** Selbstverständlich. Es wäre fatal, wenn wir die Dinge gegeneinander ausspielten. Wir müssen und werden in der Breite – wo wir zum Beispiel besser sind als die USA – weiter gut bleiben. Unser Problem ist, dass wir keine besondere Leuchtkraft an der Spitze haben – etwa was Nobelpreisträger anbelangt. Wir haben viele sehr gut ausgebildete Leute, aber an der Spitze müssen wir noch nachlegen.

**Rachel:** Richtig. Wir brauchen beides. Die Nobelpreisträger von morgen sind ja heute schon in den Kindergärten und Schulen. Wir brauchen ein Gesamtkonzept, eine Bildungsoffensive, die in den Kindergärten anfängt, ein höheres Leistungsniveau in der Breite an den Schulen garantiert, aber

auch die Hochschulen nicht vernachlässigt. Es ist eine Schande, dass die Bundesregierung den Luftballon steigen lässt, Eliteuniversitäten zu fördern, gleichzeitig aber 135 Millionen Euro beim Hochschulbau kürzt.

**Blickpunkt:** Bildungsministerin Edelgard Bulmahn will durch einen Wettbewerb („Brain up!“) künftige Spitzenuniversitäten ermitteln und diese mit jeweils 250 Millionen Euro in fünf Jahren fördern. Ein richtiger Ansatz?

**Tauss:** Ich finde, ja. Es macht keinen Sinn, eine Universität auf der grünen Wiese neu zu errichten und dann zu sagen: Das ist jetzt unsere deutsche Spitzenuniversität. Leistung und Exzellenz müssen sich im Wettbewerb erweisen. Deswegen sagen wir: Wir wollen diesen Wettbewerb mit zusätzlichen Mitteln initiieren. 50 Millionen Euro pro Jahr und Universität ist doch ein Wort.



Im Gespräch: Thomas Rachel...

**Blickpunkt:** Stünden wir heute nicht schon besser da, wenn es an den Hochschulen mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung gäbe, wenn sie wie Unternehmen und nicht wie nachgeordnete Behörden agieren könnten?

**Rachel:** Völlig richtig. In diese Richtung muss es gehen. Das Preisanschreiben für Eliteuniversitäten erinnert eher an „Deutschland sucht den Superstar“. Jetzt suchen wir die Superuniversität. Auf dem Niveau befinden wir uns. Das lenkt nur ab von den eigentlichen Problemen. Und die heißen: Die Hochschulen brauchen Autonomie, ein Globalbudget, das Recht, Professoren und Studenten selbst auszuwählen und Studiengebühren zu verlangen. Überdies muss die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) abgeschafft werden. Also: Wir brauchen Freiheit für das System und kein neues Korsett. Wettbewerb: ja, aber nicht zwischen den Körperschaften der Universitäten, sondern zwischen den Fachbereichen und Professoren. Denn dort werden mögliche Nobelpreisträger geboren.

**Tauss:** Deshalb wollen wir ja gerade den Wettbewerb. Wir wollen die besten Konzepte fördern. Im Übrigen wehre ich mich dagegen, so zu tun, als ob alles vom Bund geregelt werden kann. Vieles könnten die Universitäten schon heute selbst regeln. Und vieles ist Ländersache – zum Beispiel

auch die ZVS. Also nicht immer mit dem Finger auf den Bund zeigen. Was die ZVS angeht, bin ich für eine Reform, nicht aber für eine Totalabschaffung. Die Universitäten wären mit ihren knappen Ressourcen völlig überfordert, jetzt Hunderttausende von Menschen zu prüfen.

**Blickpunkt:** Setzt der Ruf nach Spitzenhochschulen eine neue Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern voraus?

**Tauss:** Viele Länder wollen keinerlei Bundeszuständigkeit mehr im Hochschul- und Bildungsbereich. Das hielte ich für einen völlig verkehrten Weg in den Provinzialismus. Leider schließt sich dem die CDU/CSU-Fraktion an. Sogar das Bafög soll auf die Länder verteilt werden. Das ist völliger Unfug! Bildung ist eine nationale Aufgabe, und deshalb müssen wir weiter dafür sorgen, dass die Bundespolitik mit Verantwortung übernehmen kann.

**Rachel:** Sie geben die Position der CDU/CSU-Fraktion falsch wieder. Natürlich gibt es Interessenskonflikte zwischen Bund und Ländern, im Übrigen parteiübergreifend. Ich meine aber, dass es aus einer Gesamtüberlegung heraus eine Gemeinsamkeit auf wichtigen Feldern geben muss. So hat sich die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern beim Hochschulbau durchaus bewährt. Was nicht geht, ist, dass Spitzenforschung, wie Frau Bulmahn es will, an den Bund geht, und die Länder sich auf Bau und Verwaltung der Hochschulen konzentrieren. Wir müssen im Gegenteil stärker zusammenführen und vernetzen. Wenn der Bund für das eine und die Länder für das andere zuständig sind, bekommen wir eine Trennung. Und das heißt Qualitäts- und Niveauverlust.

Das Gespräch führte Sönke Petersen.



#### Reden Sie mit beim Thema „Bildungsoffensive“:

Jörg Tauss, SPD: joerg.tauss@bundestag.de

Thomas Rachel, CDU/CSU: thomas.rachel@bundestag.de

Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com

... und Jörg Tauss.





## Begegnungen im Parlamentsviertel Rückblicke und Ausblicke

Von ihren Kindheitserfahrungen in Auschwitz berichtete die französische Politikerin **Simone Veil** als Hauptrednerin der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar im Bundestag. Sie schloss ihre Rede mit der Mahnung: „Vergessen Sie nicht die Vergangenheit! Es ist nun an Ihnen, Europa zu gestalten, ein Europa der Bürgerfreiheiten, das für Frieden und die Achtung der Menschenwürde eintritt.“ Bundestagspräsident **Wolfgang Thierse** sprach von einem „Tag der Stille“, der „dem Gedenken der Opfer gewidmet ist: der Juden vor allem, aber auch der Sinti und Roma, der Homosexuellen, der Kriegsgefangenen, der Deserteure, der Behinderten, der Euthanasie-Opfer, der politischen Häftlinge und aller anderen, die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geworden sind“.

An Opfer von Kriegen der Gegenwart erinnerte die Ausstellung „Kleinwaffen – Eine weltweite Bedrohung“ im Paul-Löbe-Haus, zu deren Eröffnung **China Keitetsi** über ihre Zeit als Kindersoldatin in Uganda berichtete. Über zehn Jahre waren der Krieg und die Welt der Soldaten die Heimat des 1976 geborenen Mädchens, das erst als 19-Jährige mit Hilfe der Vereinten Nationen nach Dänemark fliehen konnte ([www.xchild.dk](http://www.xchild.dk)). UNICEF und das Internationale Konversionszentrum Bonn wollen die Öffentlichkeit auf die dramatischen Folgen der weltweit rund 639 Millionen Kleinwaffen aufmerksam machen, die die Bundestagsvizepräsidentin **Antje Vollmer** „die Massenvernichtungsmittel der modernen lokalen Kriege“ nannte.

Kaum ist mit dem Marie-Elisabeth-Lüders-Haus der letzte Parlamentsneubau eröffnet, beginnt auf einem benachbarten Grundstück, das ursprünglich noch zum Band des Bundes gehören sollte, der Abriss eines Plattenbaus. Eigentlich „handelt es sich nicht um einen Abriss, sondern um einen selektiven Rückbau“, erklärt der Betriebsleiter der Deutschen Stadtentwicklungsgesellschaft, **Ralf Ziebell**. Der Bau mit seinen 3.700 Platten wird bis August Stück für Stück demontiert und zum Teil wiederverwertet. Das hat den Vorteil, dass der Betrieb im Bundestag nicht durch lärmende Abrissarbeiten gestört wird. Eine Sprengung der Anlage kam nicht in Frage, da ein schwankendes Torfbett im Erdreich, eine so genannte Torflinse, das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus gefährden würde.

So konnten dort der Wissenschafts- und der Medienpreis des Bundestages ohne Beeinträchtigungen verliehen werden. Der Medienpreis geht an **Susanne Führer** vom Deutschlandfunk/Deutschlandradio Berlin für eine Reportage über die „Vertrauensfrage des Kanzlers und das Gewissen des Abgeordneten Klaus Barthel“. Den Wissenschaftspreis erhält **Andreas Maurer** von der Stiftung Wissenschaft und Politik für seine Doktorarbeit „Parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union“. Die Preise sind mit jeweils 10.000 Euro dotiert.

Preise wurden auch in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz verliehen. Zum 20. Mal fand hier die „Rückblende“ statt, der mit 5.000 Euro höchstdotierte deutsche Fotografie- und Karikaturenwettbewerb. Die Sieger sind die Fotojournalistin **Nicole Maskus**, die auch für BLICKPUNKT BUNDESTAG arbeitet, und der Karikaturist **Freimut Woessner**. Die Preise übergaben der Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa, **Karl-Heinz Klär**, und der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, **Volker Schulze**.



J. Hopp/J. Müller/hfr





## Fragen an Abgeordnete

PANORAMA

### Herr Kauch, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Die Alte Nationalgalerie mit der großen Wiese und den Säulengängen davor, der Spreebrücke und dem Blick auf den Dom. Hier sitze ich dann im Sommer abends im Gras – mit lieben Freunden, italienischen Köstlichkeiten und gutem Wein. Ein Platz zum Wohlfühlen und Träumen in einer fast mediterranen Atmosphäre.

### Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Vor fünf Minuten über einen Scherz meiner Mitarbeiterin. Wir sind ein fröhliches Büro ...

### Was soll als nächstes von Ihrem Schreibtisch?

Die Unterlagen zur Novelle des Fluglärmsgesetzes. Es wird Zeit, dass Rot-Grün sich endlich auf einen Gesetzesentwurf einigt, um Rechtssicherheit zu schaffen. Die Menschen in den Einflugschneisen werden seit mehr

als fünf Jahren von der Koalition vertröstet. Das Fluglärmsgesetz von 1971 ist hoffnungslos veraltet. Als zuständiger Abgeordneter der FDP werde ich den Druck auf den grünen Umweltminister erhöhen, endlich für den Gesundheitsschutz der Bürger zu handeln.



**Michael Kauch, FDP, Jahrgang 1967, ist seit Juni 2003 im Bundestag. Er ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Mitglied in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“.**

[michael.kauch@bundestag.de](mailto:michael.kauch@bundestag.de)  
[www.michael-kauch.de](http://www.michael-kauch.de)



## Welches Buch lesen Sie gerade?

**Silke Stokar: „Ich lese ‚Traumtänzer im Gleichschritt‘ von Jochen Blume.“**

Seit meiner frühen Jugend war es so, ohne viele Worte wählte mein Vater ein Buch aus seinem Schrank und empfahl mir, es zu lesen. Erst später begriff ich, die Bücher gaben Antworten auf die nicht gestellten Fragen. Sie hatten eine Reihenfolge, einen Sinn.

Auch den „Traumtänzer im Gleichschritt“ von Jochen Blume erhielt ich von meinem Vater mit dem mir bekannten Satz: „Wenn du willst, lies das einmal.“ Ich habe das Buch gelesen und es hat mich berührt. Diese fast banale Beschreibung des Erlebens der Reichskristallnacht in Hannover. Die sehr einfachen Fragen des Jungen, auf die es keine vernünftigen Antworten der Erwachsenen geben konnte. „Warum stand die Feuerwehr auf dem Lindener Markt und hat nicht gelöscht,

als die Synagoge brannte? Warum schritt die Polizei nicht ein, als die Geschäfte der jüdischen Ladeninhaber zerstört und geplündert wurden?“ Schlagartig ändert sich das Leben des unbekümmerten und aufgeweckten Jungen, als er auf die Nationalpolitische Bildungsanstalt geschickt wird. Dem Vaterland dienen, tapfer und treu sein, auf diese männliche Ethik war die ganze Ausbildung der zukünftigen Lehrer ausgerichtet.

Aber auch in diesen Zeiten gab es Fluchten. Jochen fand den Weg zum ehemaligen Lehrer Christiansen. Sein Zimmer war eine einzige Bibliothek. Auf die Frage von Jochen: „Haben wir in Deutschland mit dem Reichstag, der ‚Quasselbude‘ wie Hitler sagte, nicht schlechte Erfahrung gemacht?

Streit, Parteiengezänk und Egoismus. Jeder, der einen Posten hat, versucht, sich auf Kosten der anderen nach vorn zu schieben, um seinen Einfluss und seine ganze persönliche Macht zu stärken.“ Christiansens Antwort: „Das ist ein Problem so alt wie die Menschheit. Habt ihr schon Platon gelesen, den Staat? Ich denke, das Buch kann ich dir mitgeben. Platon steht ja noch nicht auf dem Index.“

In dieser Erziehungsanstalt in Burg in Dithmarschen wurde auch mein Vater erzogen. Er sprach einmal von einem alten Lehrer, der ihm mit den richtigen Büchern vorsichtig den Weg wies.

Jochen Blume, Traumtänzer im Gleichschritt. Roman einer verführten Jugend. 268 Seiten, Norderstedt: Books on Demand 2000, 12,68 Euro.

**Silke Stokar von Neuforn, Bündnis 90/Die Grünen, Jahrgang 1953, ist seit 2002 im Bundestag. Sie ist ordentliches Mitglied und Obfrau im Innenausschuss und innenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion.**

[silke.stokar@bundestag.de](mailto:silke.stokar@bundestag.de)  
<http://gruene-niedersachsen.de>



## Archiv der Deutschen Abgeordneten Marie Juchacz, SPD

Im Untergeschoss des Reichstagsgebäudes befindet sich das „Archiv der Deutschen Abgeordneten“, ein Kunstwerk des Franzosen Christian Boltanski. Es besteht aus ungefähr 5.000 Metallkästen. Sie sind mit den Namen jener Abgeordneten beschriftet, die von 1919 bis 1999 demokratisch ins Parlament gewählt wurden. **Blickpunkt Bundestag stellt in loser Folge einige Parlamentarier vor.**



**H**eiterkeit herrschte am 19. Februar 1919 im Parlament, als Marie Juchacz als erste Frau vor der Weimarer Nationalversammlung ihre Rede mit den Worten „Meine Herren und Damen!“ begann. Keinen Monat war es her, dass Frauen zum ersten Mal wählen und gewählt werden konnten – 37 weibliche Abgeordnete waren nun im Reichstag vertreten. Ihren Einzug in die Nationalversammlung betrachtete Marie Juchacz als „Selbstverständlichkeit“, als etwas, wofür die deutschen Frauen der Regierung „nicht etwa im althergebrachten Sinne Dank schuldig sind“. Doch bis hierhin war es ein langer Weg, den die Frauenrechtlerin und

Sozialpolitikerin zurücklegen musste. 1879 in Landsberg an der Warthe geboren, wurde sie zunächst Näherin und Schneiderin, bevor sie nach ihrer Scheidung 1905 nach Berlin zog. Mit der Aufhebung des Verbots politischer Betätigung für Frauen im Jahr 1908 trat Marie Juchacz in die SPD ein. 1917 wurde sie Mitglied des Parteivorstands und Leiterin des Frauensekretariats. Im selben Jahr übernahm sie nach dem Ausscheiden von Clara Zetkin die Redaktion der Zeitschrift „Die Gleichheit – Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“. Zugleich initiierte sie im Jahre 1919 die Arbeiterwohlfahrt und war deren Vorsitzende bis 1933. Marie Juchacz blieb bis zur Machter-

greifung der Nationalsozialisten Mitglied des Reichstages. Sie emigrierte 1933 in das damals dem Völkerbund unterstehende Saargebiet und von dort über Frankreich 1941 in die USA, wo sie ihre Wohlfahrtsarbeit fortsetzte. Acht Jahre später kehrte sie nach Deutschland zurück und übernahm den Ehrenvorsitz der Arbeiterwohlfahrt. Marie Juchacz starb 1956.

Heute erinnern nicht nur die Marie-Juchacz-Stiftung der Arbeiterwohlfahrt und eine Briefmarke aus der Reihe „Frauen der deutschen Geschichte“ an die Parlamentarierin der ersten Stunde. Auch der Vorstandssaal der SPD-Fraktion im Reichstagsgebäude ist nach ihr benannt. Georgia Rauer



# Schumanns Sicht der Dinge Anstellen wie alle



Unsereins Journalist ist wichtig im Staat. Wahrscheinlich werden wir deswegen auch die vierte Gewalt genannt. Manchmal zumindest. Sonntags. In Reden. Die vierte Gewalt ist so etwas Ähnliches wie die fünfte Jahreszeit. Also etwas, was es eigentlich gar nicht gibt, was aber doch da ist. Es kommt vor, dass die vierte Gewalt und die fünfte Jahreszeit sehr eng aneinander rücken. Zum Beispiel, wenn der Rudi Völler die vierte Gewalt beschimpft. Dann ist der Rudi der Elferrat und wir sind die Narren. Nur, dass niemand Alaaf schreit oder Helau, sondern nur: „Richtig so, Rudi, denen hast du es gegeben!“



Ein anderes Mal stand eine lange Schlange vor dem Lokal „StäV“. Das StäV ist in Berlin der Ort, an den es den Rheinländer hinzieht, wenn ihm das Herz überquillt. Egal, ob er nun der ersten, der zweiten, der dritten oder der vierten Gewalt angehört. Dann ist es sehr voll im StäV. In der Schlange standen zwei Viertgewaltler und warteten in der Kälte auf Einlass. Da kam ein Erstgewaltler des Weges. Ein sehr hochrangiger Legislativer, nennen wir ihn Emel, er ist wirklich sehr hochrangig. Emel schritt an der Schlange vorbei und strebte zum Eingang. „Halt, halt“, rief einer der Viertgewaltler, „anstel-

len wie alle!“, aber Emel überhörte das und verschwand in der Wärme und der fünften Jahreszeit. Der ein oder andere in der Schlange war kurz geneigt, ein Weilchen in die Exekutive rüberzuwechseln, um ein wenig Gewalt auszuüben, besann sich aber wieder und verschob den finsternen Gedanken auf den nächsten Wahltermin.

Was macht man in so einem Fall als vierte Gewalt? Übt man sein Amt als Organ der Kontrolle aus und prangert Emels schlechtes Benehmen öffentlich an? Aber dann heißt es wieder, dass sie so sind, die Herrschaften von der Gesetzgebung. Machen sich einfach ihre Gesetze selber. Was hochgradig unfair wäre. Es kamen nämlich noch einige andere Legislativer des Weges und alle hielten sich an das Gesetz

des Schlangestehens. Besser also, man prangert nicht an, weil das schlechte Benehmen Emels viel zu unwichtig und außerdem privat ist. Und im Übrigen beschränkt sich schlechtes Benehmen nicht auf die Legislative, Exekutive und Judikative. Es ist, zumindest munkelt man das, auch schon in der vierten Gewalt vorgekommen. Aber bestimmt nur selten.



Überhangmandate | Bundestagsadler | Diäten | Fraktionsdisziplin | Leerer Plenarsaal  
Stenografen | Sicherheit im Bundestag | Fraktionslose Abgeordnete | Redezeiten

**Hammelsprung**



## Gefragt – geantwortet

An den Besucherdienst des Bundestages werden viele Fragen gerichtet. Kinan Jaeger, freier Mitarbeiter des Besucherdienstes, beantwortet für die Leser von BLICKPUNKT BUNDESTAG die meistgestellten Fragen der Besucher.

### Was ist der Hammelsprung?

Ein nicht ganz alltäglicher Begriff im parlamentarischen Gebrauch ist der „Hammelsprung“. Er bezeichnet eine Form der Stimmenausschüttung, wenn die drei Mitglieder des Sitzungsvorstandes keine klare Mehrheit im Plenarsaal erkennen können. Alle Abgeordneten verlassen dann den Saal und betreten ihn wieder durch drei Türen an der Westseite. Die linke steht für Enthaltung, die mittlere für Ja und die rechte für Nein. Die Schriftführer achten darauf, dass das Ergebnis korrekt festgehalten wird.

Bis zum Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 waren auf den Türen Bilder von Zählvorgängen zu sehen. Auf der Tür für Ja befand sich eine Darstellung von Rüb-

zähl, Sagengestalt des Riesengebirges, der seine Rüben zählte. Auf der Tür für Ja war der einäugige Riese Polyphem zu sehen, der ursprünglich Schafzüchter war. Nachdem Odysseus Polyphem geblendet hatte, konnte der Riese seine Schafe nur noch durch Abtasten zählen und Odysseus mit seinen Gefährten unter ihren Bäuchen versteckt fliehen. Hierdurch entstand die Bezeichnung „Hammelsprung“.

Der Hammelsprung ist zwar zeitaufwendig, er steht aber in Verbindung mit Traditionen, die im parlamentarischen Umfeld hochgehalten werden. Auf Stimmknöpfe im Plenarsaal wird daher auch zukünftig verzichtet.

## Ideal für Exkursionen

*Mit Begeisterung habe ich in Ihrer Ausgabe 7 (2003) gelesen. Besonders der Abschnitt über das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus war äußerst interessant und durch die Bildmontagen und Zeichnungen sehr informativ und eindrucksvoll. Gefreut habe ich mich auch über das beiliegende Poster „Das Parlamentsviertel“, das ich bereits in meinem Dienstzimmer aufgehängt habe. Da ich in jedem Jahr jeweils zweimal mit Schülergruppen zur politischen Bildung mehrtätig in Berlin bin, werde ich es ab sofort zur Vorbereitung dieser Exkursionen einsetzen.*

Wilfried Nehls, Wolfsburg

## Schlüssiges Konzept

*In den Kommentaren der vier Abgeordneten (Forum: Rente, 7/03) fehlt ein entscheidender Punkt. Es gibt auch deshalb immer weniger Beitragszahler, weil Selbstständige und Beamte von der Beitragspflicht ausgenommen sind. Hier muss die Politik ein schlüssiges Konzept vorlegen, wie alle Bürger zur Finanzierung der Rentenversicherung beitragen können. Die Überlegungen zur privaten und betrieblichen Altersvorsorge sind sicherlich sinnvoll, lösen aber nicht das Problem. Die Diskussion über die Finanzierbarkeit der Rentenversicherung wäre auch dann ehrlicher, wenn es ernsthafte Überlegungen gäbe, die Pensionsansprüche unserer Politiker auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren.*

Dr. Erwin Grund, Braunschweig

## Buchstabensalat

*Zum Thema Rentenfinanzen lassen Sie die Fraktionen zu Wort kommen, allerdings enthalten die Kommentare nur den üblichen Buchstabensalat: „ehrlich, verlässlich, wichtig, großzügig, nachhaltig, konzeptionell, langfristig, konjunkturrell, ausreichend etc.“. Das kann es doch wohl nicht sein.*

Helmut Klose, Worpsswede

## Informativ

*Aus der letzten Ausgabe (01/04) von Blickpunkt Bundestag hat mir besonders der Artikel über die Europäische Union gefallen. Schön fand ich die Übersicht mit den Flaggen der EU-Staaten und den Internetadressen der Parlamente. Auch die Illustration zur EU-Erweiterung fand ich sehr anschaulich. Könnten Sie in ähnlicher Art und Weise nicht auch einmal die Bundesländer vorstellen?*

Dieter Lehmann, Wuppertal

Einen Beitrag über die Bundesländer mit Informationen über die Landesparlamente bringen wir gern, sobald sich ein aktueller Bezug zum Bundestag ergibt.

Die Redaktion

## I M P R E S S U M

**Herausgeber:** Deutscher Bundestag

**Chefredaktion:**

Stefan Thomas (Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

**Redaktion:**

Klaus Lantermann, Dr. Heiko Fiedler-Rauer  
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Telefon: (030) 650 00-200, Fax: (030) 650 00-222  
E-Mail: lantermann@media-consulta.com

**Koordination:**

Herbert Fleischhauer (Referat Öffentlichkeitsarbeit)  
Telefon: (030) 227-378 68, Fax: (030) 227-365 06  
E-Mail: herbert.fleischhauer@bundestag.de

**Beauftragte Agentur:**

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

**Geschäftsführung:**

Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

**Art Direction:**

Hans-Dieter Großjohann, Tobias Niering

**Online-Produktion:**

Julia Henke

**Produktion:**

Ivan Perez

**Abonnement und Vertrieb:**

Sarina Neumann  
Fax: (030) 65 000-350  
E-Mail: j.koenig@media-consulta.com

**Druck:**

Jungfer Druckerei und Verlag GmbH, Herzberg am Harz

**Redaktionsschluss:**

6. Februar 2004

Die Texte aus BLICKPUNKT BUNDESTAG

gibt es auch im Internet: <http://www.bundestag.de>

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Fotos und Grafiken:**

Bien & Giersch Projektagentur GmbH: S. 16;  
Deutscher Bundestag: S. 9, 22, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 38,  
39, 40, 41, 46; Karl-Heinz Döring: S. 18-19, 20, 21, 22, 23;  
Kitty-Kleist Heinrich: S. 48; Birgit Kentler: S. 36-44 (Logo);  
Mauritius: S. 31; Phalanx: S. 19, 42-44; picture-alliance: S. 3,  
4 (klein), 6, 7, 8, 17, 18, 23, 30 (3), 31 (2), 32, 36, 38-39,  
40, 45; studio kohlmeier: Titel, S. 1, 2, 4-5, 10-13, 14-15, 16,  
33-35, 47 (2); Ullstein Bild: S. 47; Freimut Woessner: S. 45.

Anschrift für die Post unserer Leser:

BLICKPUNKT BUNDESTAG  
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Fax: (030) 650 00-190  
E-Mail: [blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com)

# „Wer will schon abhängig sein?“



**FEEL FREE TO SAY NO**

Jack (15) aus London will vor allem eins: frei sein. Und Spaß haben, zusammen mit Freunden. Warum sollte er sich dabei an einer Zigarette festhalten? Hat er gar nicht nötig. So wie tausende andere Jugendliche in Europa auch. Feel free to say no.

[WWW.FEEL-FREE.INFO](http://WWW.FEEL-FREE.INFO)

Die Suchtwirkung von Nikotin ähnelt der harter Drogen wie Heroin oder Kokain. Die Tabakindustrie fügt Zigaretten Substanzen wie z. B. Ammoniak bei, die zu einer noch stärkeren Abhängigkeit führen.



Eine Initiative der Europäischen Union



[www.justbesmokefree.de](http://www.justbesmokefree.de)